

MARTIN H. GEYER

## DER KAMPF UM NATIONALE REPRÄSENTATION

Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und die „Hallstein-Doktrin“

*Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag*

### I. Sport und nationale Repräsentation

Der deutsche Sieg bei der Fußballweltmeisterschaft 1954 hat in der populären Mythologie seit jeher mehr zur Konstituierung der Bundesrepublik beigetragen als alle großen diplomatischen Staatsaktionen der Nachkriegszeit. Noch vor der Erlangung der vollen staatlichen Unabhängigkeit konnte die Bundesrepublik über den Sport mit allen Insignien nationaler Souveränität vor der Welt auftreten: Radio, Wochenschaun, der Bildjournalismus und das frühe Fernsehen verbreiteten die schwarz-rot-goldene Fahne und das Deutschlandlied, dessen dritte Strophe seit 1952 Nationalhymne war. Auf ihrem Trikot führten die Sportler den zum Bundesadler mutierten Reichsadler. Gesiegt hatte die bundesdeutsche „National-Elf“, gefeiert wurde der Sieg Deutschlands – auch östlich der Elbe. Bürgermeister, Landräte, Minister und nicht zuletzt der in Sportkreisen beliebte Bundespräsident betonten bei der stürmisch gefeierten Rückkehr der deutschen Fußballelf, welche Bedeutung dem sportlichen Erfolg beigemessen wurde. Nach Ansicht des damaligen Präsidenten des Deutschen Sportbunds (DSB), Willi Daume, war es ein „Rummel“, der von „alle[n] möglichen Regierungsstellen und Stadtverwaltungen in trauter Gemeinschaft mit dem Schankgewerbe“ inszeniert wurde<sup>1</sup>. Im Danksagungsschreiben des Deutschen Fußball-Bunds für die Glückwünsche des Bundeskanzlers hieß es etwas ungenau, daß das „Volk schlechthin“ von der Begeisterung erfaßt worden sei. Die vielen Zuschriften aus dem anderen Teil Deutschlands galten als „Bekanntnis zur deutschen Gemeinschaft“, ja die Begeisterung für den deutschen Sieg habe den „Charakter einer Volksabstimmung“<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Bei dem Aufsatz handelt es sich um eine erweiterte Fassung der Antrittsvorlesung am 1.6. 1994 in der philosophischen Fakultät der Universität zu Köln. Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), B 106/393, Daume an Oberüber im Bundespräsidialamt, 26.6. 1956. Alfred Georg Frei, *Finale Grande. Die Rückkehr der Fußballweltmeister 1954*, Berlin 1994, S. 16; Arthur Heinrich, *Toor! Toor! Tor! Tor! Vierzig Jahre 3:2*, Hamburg 1994; Jürgen Busche, *Der Mythos von 1954*, in: *Aus Politik u. Zeitgeschichte* B 24/94, 17. 6. 1994, S. 13–15.

<sup>2</sup> BAK, B 106/Nr. 1824, Schreiben Deutscher Fußball-Bund an Adenauer, 15. 8. 1954.

Es kann wenig verwundern, daß man im Ausland diese Inszenierungen des Nationalen mit gemischten Gefühlen verfolgte. Im Berner Stadion sangen die deutschen Fußballfans nicht die dritte, sondern die erste Strophe des Deutschlandlieds, daß es, wie eine Kopenhagener Zeitung kommentierte, im Radio „dröhnte“ und „aussah, als ob dieser Sieg den aufwiege, der 1940 bis 1945 ausgeblieben“ war. Es habe, so der dpa Überseedienst, nur noch das „Sieg Heil“ gefehlt, um die ganze Stimmung der Berliner Olympiade 1936 wieder erstehen zu lassen<sup>3</sup>. Als der Präsident des Deutschen Fußball-Bunds, der Kölner Bauunternehmer Peco Bauwens, im Münchner Löwenbräukeller wie schon wenige Tage zuvor in Lindau vor versammelten Fußballern in bester Bierlaune den „Germanengott“ beschwor und in den Worten des Korrespondenten der Londoner Times so redete, als ob die Fußballer „einen Erbfeind auf dem Schlachtfeld vernichtet hätten“, war man davon nicht nur im Ausland höchst irritiert. Der Bayerische Rundfunk unterbrach sogar die Live-Übertragung mit Tanzmusik<sup>4</sup>.

Weder der Enthusiasmus in Deutschland noch die Reaktionen im Ausland können überraschen. Die Repräsentation des Nationalen über den Sport ist mehr als nur ein für viele störender Nebeneffekt. In Verbindung mit modernen Kommunikationsmitteln ist der Sport zweifellos eines der wirkungsvollsten Medien, das die Darstellung des Nationalstaates und eines populären Nationalismus im 20. Jahrhundert erlaubt. Dabei ist es nur vordergründig ein Widerspruch, daß es dazu gerade einer weltweiten Sportbewegung bedarf, die mit zahlreichen internationalen Veranstaltungen die Bühne für diese Inszenierungen bereitstellt. Die Olympischen Spiele demonstrieren mehr als alles andere, wie sehr dieser nichtstaatliche Internationalismus von der Verknüpfung von Sport und nationaler Symbolik lebt.

Seit ihrer Neubegründung durch Pierre Coubertin Ende des 19. Jahrhunderts ist bei den Olympischen Spielen eine stete, auf „Erfindung von Traditionen“ zielende Zunahme von Zeremonien und Ritualen zu beobachten<sup>5</sup>. Der dabei entstandene Kult ist im olympischen Protokoll minutiös festgeschrieben, in dem der Bezug auf

<sup>3</sup> BAK, B 106/Nr. 1824, dpa Überseedienst, 7.7. 1954.

<sup>4</sup> Die Zeit, 15.7. 1954; Süddeutsche Zeitung, 8.7. 1954; vgl. auch Frei, Rückkehr, S. 113 f. Die Frankfurter Rundschau bemerkte anlässlich eines kritischen Leserbriefes, daß offenbar auch die Nationalmannschaft wenig von der Rede entzückt war; Frankfurter Rundschau, 15.7. 1954.

<sup>5</sup> Liselott Diem, Die Zeremonien – Ein Beitrag zur Geschichte der modernen Olympischen Spiele nach Quellen von Pierre Coubertin und Carl Diem, (Köln) o.J. (Masch.), S. 4; Henning Eichberg, Thing-, Fest- und Weihespiele in Nationalsozialismus, Arbeiterkultur und Olympismus. Zur Geschichte des politischen Verhaltens in der Epoche des Faschismus, in: Ders. u.a. (Hrsg.), Massenspiele. NS-Thingspiel, Arbeiterweihespiel und olympisches Zeremoniell, Stuttgart-Bad Cannstatt 1977, S. 19–153, bes. 143 ff.; Reinhard Rauball, Olympische Staruten, Berlin 1972. Zur „Erfindung von Traditionen“ vgl. Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hrsg.), The Invention of Tradition, Cambridge 1983. Zur Person Coubertins vgl. Dietrich R. Quanz, Civic Pacifism and Sports-Based Internationalism: Framework for the Founding of the International Olympic Committee, in: Olympika: The International Journal of Olympic Studies, H. 2, 1993, S. 1–23; John J. Mac Aloon, This Great Symbol: Pierre de Coubertin and the Origins of the Modern Olympic Games, Chicago/Ill. 1981.

die Nationen allgegenwärtig ist. Das gilt für die Einladungsschreiben an die Nationalen Olympischen Komitees, deren Gründung einem Staatsakt gleichkommt<sup>6</sup>, die Vertretung der Mannschaft durch einen dem diplomatischen Corps nachgeahmten „Chef de Mission“, den Aufmarsch der besten, durch nationale Ausscheidungswettkämpfe qualifizierten Sportler hinter ihren Nationalflaggen und die zumindest bis 1960 übliche Vereidigung der Sportler auf die „Ehre des Vaterlandes“ und den „Ruhm des Sports“. Am deutlichsten wird dies schließlich bei den Siegerehrungen mit dem Aufziehen der Nationalflaggen und dem Abspielen der Nationalhymne für den Sieger. Es handelt sich dabei um Rituale, die in den Satzungen der verschiedenen Disziplinen festgeschrieben sind und sich auch bei internationalen Sportveranstaltungen eingebürgert haben. Gerade wegen des Massenpublikums, das mit modernen Medien über Ländergrenzen angesprochen werden kann, bieten Sportveranstaltungen somit ein Forum für die nationale Selbstdarstellung.

So eindeutig bei der Fußballweltmeisterschaft 1954 die Frage der sportlichen Vertretung des geteilten Deutschlands gelöst zu sein schien, so problematisch und umstritten war die Frage der nationalen Repräsentation damals schon in vielen anderen Bereichen des Sports. Und in den folgenden Jahren wurde dies eher noch schwieriger: Welches Deutschland würde in Zukunft im und durch den Sport repräsentiert sein? Zwei de facto souveräne Staaten, die in unterschiedliche politische Blöcke eingebunden waren? Oder zwei Staaten, die sich auf dem vermeintlich neutralen Boden des Sports auf ihre gesamtdeutsche Identität besinnen konnten, zumal nach verbreiteter Meinung Sport nichts mit Politik zu tun habe? Und wenn man letzteres positiv beantwortete: Mit welchen Fahnen, Hymnen und Abzeichen sollten diese gesamtdeutschen Mannschaften auftreten?

Vor die Aufgabe gestellt, diese Fragen zu beantworten, schwand für die Zeitgenossen die Gewißheit von 1954. Das lag an der merkwürdigen Rolle, die der Sport in der Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen spielte. Im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen rissen die Kontakte zwischen Ost und West im Sport nie völlig ab. Sie entwickelten sich zum einen bilateral über Verhandlungen und Abmachungen zwischen west- und ostdeutschen Sportverbänden, zum anderen gab es, nolens volens, Beziehungen über die einzelnen Weltfachorganisationen, deren Veranstaltungen in der Nachkriegszeit rasch zunahmten und trotz – oder vielleicht gerade wegen! – des Kalten Krieges große Popularität genossen. Daraus ergaben sich spezifische, höchst problematische Konstellationen deutsch-deutscher Beziehungen, die aus mehreren weit über das engere sporthistorische Interesse hinausweisenden Gründen von Bedeutung sind: Schon zeitgenössische Beobachter bemerkten, daß der Sport der DDR-Führung eine große Chance bot, sich international zu etablieren und das eigene System zur Schau zu stellen<sup>7</sup>. Ja, es läßt sich die These vertreten, daß sich die

<sup>6</sup> Vgl. Nationales Olympisches Komitee für Deutschland, Gründungsfeier in der Bundeshauptstadt Bonn am Rhein, Bundeskanzleramt (Museum König), am 24. September 1949. Amtliches Protokoll, Bonn 1950.

<sup>7</sup> Hans Schimanski, Sport und Politik, Ziele und Methoden kommunistischer Sportpolitik, in: SBZ-

DDR gegenüber dem Westen als staatliches Gebilde primär über den Sport konstituierte. Das war von großer Bedeutung für die deutsch-deutschen Beziehungen. Denn aufgrund der offensiven Strategie der DDR, mittels des Sports ihre Anerkennung durchzusetzen, wurde, wie am Beispiel des Gebrauchs von Hymne und Staatsflagge zu zeigen sein wird, die Frage der nationalen Repräsentation Deutschlands aufgeworfen. Die damit verbundenen Fragen der symbolischen Darstellung nationaler Identität berührten das Selbstverständnis der Bundesrepublik, Gesamtdeutschland zu vertreten, und somit fundamentale Prinzipien bundesdeutscher Außenpolitik. In den Auseinandersetzungen um den Gebrauch nationaler Symbole ging es denn auch immer um eine nationale Ortsbestimmung der zwei deutschen Staaten, die bei allen unterschiedlich motivierten Strategien der Abgrenzung gerade im Sport auf das engste aufeinander bezogen waren<sup>8</sup>.

## II. Die Offensive des DDR-Sports

DSB-Präsident Willi Daume führte an der Jahreswende 1955/56 in einer langen, streng vertraulichen Denkschrift für Bundesinnenminister Gerhard Schröder aus, daß die DDR gemessen mit dem „Maßstab der sportlichen Praxis [. . .] leider tatsächlich schon ein souveräner Staat und ebenso ganz zweifellos ein Satellitenstaat Rußlands“ geworden sei<sup>9</sup>. Diese nüchterne Diagnose ist schon deswegen bemerkenswert, weil die Ausgangsbedingungen der DDR auch im Bereich des Sports denkbar schlecht gewesen waren<sup>10</sup>. Erst seit 1951 wurden von Walter Ulbricht Initiativen ergriffen, in den internationalen Sportverbänden Fuß zu fassen. Dennoch konnte sich die DDR binnen weniger Jahre fest auf der internationalen Bühne des Sports etablieren, und alle Versuche, sie aus dieser Position wieder zu verdrängen, waren zum Scheitern verurteilt. Dieser Erfolg ist ganz wesentlich auf die doppelte Einbindung der beiden deutschen Sportorganisationen auf nationaler *und* internationaler Ebene und auf die daraus resultierende Tatsache zurückzuführen, daß der sportliche „Internationalismus“ dem Spielraum der westdeutschen Sportpolitik Grenzen setzte.

Archiv 10 (1959), S. 370–374, hier S. 373 f.; Ulrich Pabst, *Sport – Medium der Politik? Der Neuaufbau des Sports in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und die innerdeutschen Sportbeziehungen bis 1961*, Berlin u. a. 1980, S. 129 ff. Für die Zeit seit den sechziger Jahren vgl. Gunter Holzweissig, *Diplomatie im Trainingsanzug. Sport als politisches Instrument der DDR*, München/Wien 1981; G. Carr, *The Use of Sport in the German Democratic Republic for the Promotion of National Consciousness and International Prestige*, in: *Journal of Sport History*, H. 1, 1974, S. 123–136; Helmut Digl, *Sport und nationale Repräsentation. Spitzensport im Dienste der Politik*, in: *Der Bürger im Staat* 24 (1974), S. 195–202; Peter Kühnst, *Der mißbrauchte Sport. Die politische Instrumentalisierung des Sports in der SBZ und DDR 1945–1957*, Köln 1982, S. 69 ff.

<sup>8</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang auch die anregenden Überlegungen von Christoph Kleßmann, *Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29–30/93, 16. 7. 1993, S. 30–41.

<sup>9</sup> BAK, B 106/Nr. 1958, Daume an Schröder, 26. 1. 1956, S. 12.

<sup>10</sup> Vgl. Pabst, *Sport*, S. 71 ff.; Kühnst, *Sport*, S. 72 ff.

Die Bundesregierung stimmte mit den westdeutschen Sportfunktionären überein, daß die Isolierung der DDR auf internationalem Parkett eine Frage der „staatspolitischen Verantwortung“ sei<sup>11</sup>. Ein höchst sensibler Punkt war in dieser Hinsicht die Anerkennung durch das Internationale Olympische Komitee (IOC). In diesem exklusiven Altherrenkreis waren die Vertreter der Bundesrepublik in einer relativ günstigen Ausgangsposition: Die westlichen Staaten verfügten dort zu dieser Zeit noch über stattliche Mehrheiten; außerdem pflegten westdeutsche Sportfunktionäre vielfältige persönliche Beziehungen zu Mitgliedern des IOC, die meist in die Zeit der Olympischen Spiele 1936, wenn nicht gar schon in die Zeit davor zurückreichten. Das galt besonders für Karl Ritter von Halt, der seit 1928 Mitglied des IOC war, eine wichtige Rolle bei der Organisation der Olympischen Spiele 1936 gespielt hatte und nicht zuletzt wegen seiner guten Verbindungen zu Exponenten der nationalsozialistischen Führung in den Vorstand der Deutschen Bank aufgerückt war. Trotz seiner politischen Vergangenheit und anfänglicher Vorbehalte auch des Bundeskanzleramtes avancierte von Halt nach langer Internierungshaft in der Sowjetunion 1951 zum Präsidenten des 1949 neu gegründeten Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK). Diesen Aufstieg verdankte er nicht zuletzt der Freundschaft mit dem seit 1953 amtierenden IOC-Präsidenten Avery Brundage, der sich unter Berufung auf die Unabhängigkeit des Sports von der Politik 1936 erfolgreich gegen den Boykott der Olympischen Spiele durch die USA eingesetzt hatte<sup>12</sup>.

IOC-Entscheidungen waren und sind immer politische Entscheidungen. Das wird am Beispiel der Aufnahme Deutschlands besonders deutlich<sup>13</sup>: Frankreich erreichte 1950 die Anerkennung eines eigenständigen „NOK des Saarlandes“, ohne dabei auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Dagegen zog sich die Aufnahme des NOK für Deutschland aufgrund von Widerständen kleinerer europäischer Staaten, der ungeklärten Position Ostdeutschlands und der Haltung des damaligen schwedischen IOC-Präsidenten Sigfrid Edström bis 1951 hin. Die DDR-Führung setzte sich dabei zunächst für ein gesamtdeutsches NOK ein. Nach den strikt ablehnenden Bescheiden der westdeutschen Sportführung gab sie im Frühjahr 1951 aber die Gründung eines eigenen NOK bekannt und forderte, sekundiert von der Sowjetunion, nun ebenfalls die Anerkennung durch das IOC<sup>14</sup>. Nach kräftigen Interventionen der Bundes-

<sup>11</sup> BAK, B 136/Nr. 5551, Referat 5, Gumbel, an Bundeskanzleramt (künftig: Buka), 17.5. 1951: Aktenvermerk über die von dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen auf den 16. Mai 1951 einberufene Sitzung über die sportlichen Beziehungen zur Sowjet-Zone mit sämtlichen Leitern der insgesamt 22 Sport-Fachverbände, dem Präsidenten des DSB und den Vertretern des NOK.

<sup>12</sup> Zum Streit über von Halt vgl. Pabst, *Sport*, S. 177 ff.; recht umfangreiche Quellen in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA), Abt. 2, Nr. 1944; BAK, B 106/Nr. 1732. Vgl. auch Arnd Krüger, *Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung: Ihre außenpolitische Bedeutung unter besonderer Berücksichtigung der USA*, Berlin 1972.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die ausführliche, sehr verlässliche Darstellung von Pabst, *Sport*, S. 175 ff., auch für das folgende.

<sup>14</sup> Die späte Entscheidung der DDR auf Anerkennung eines eigenen NOK bedarf noch näherer Untersuchung. Eine wichtige Frage wird dabei sein, welche Rolle die Sowjetunion spielte, die aber

regierung und der Alliierten wurde aber nur das „NOK des neuen Staates mit dem Namen Westdeutschland“ anerkannt, wie die gegenüber dem eigenen Selbstverständnis abweichende offizielle Bezeichnung im IOC-Bulletin lautete. Unter der Führung des westdeutschen NOK sollte eine gemeinsame Olympiamannschaft West- und Ostdeutschlands gebildet werden.

Damit war der Anspruch der Bundesrepublik, die Nation olympisch zu vertreten, zwar sichergestellt. Auf der anderen Seite ließen sich nun aber Verhandlungen mit der Sportführung der DDR nicht mehr vermeiden. Wie von Halt Bundeskanzler Adenauer mitteilen konnte, wurden die Verhandlungen über die Aufstellung einer gemeinsamen Olympiamannschaft so geführt, „daß sie ergebnislos verlaufen mußten“<sup>15</sup>. Dies und einige Ungeschicklichkeiten der DDR-Sportvertreter hatten zur Folge, daß die westdeutsche Mannschaft mit der schwarz-rot-goldenen Fahne im Gepäck 1952 schließlich allein zu den Sommerspielen nach Helsinki reiste. Noch zu den Winterspielen in Norwegen war dem deutschen Sport bedeutet worden, daß die „allgemeine Volksstimmung“ für einen Besuch deutscher Sportmannschaften nicht günstig sei<sup>16</sup>.

Auch ohne olympische Vertretung war Helsinki ein Erfolg für die SED-Führung. Verschiedene Weltsportorganisationen, darunter der mächtige internationale Fußballverband, nahmen danach DDR-Sportverbände auf. Wie in Bonn mit einiger Besorgnis registriert wurde, war damit in die „bisher bestandene einheitliche Front eine Bresche geschlagen“<sup>17</sup>. Tatsächlich war diese Entwicklung in der Folgezeit nicht mehr abzubremesen: 1955 war die DDR in 19 internationalen Fachverbänden, darunter in 14 sogenannten olympischen Sportarten, vertreten; 1956 und 1957 wurde die Anerkennung durch 16 weitere Verbände erreicht<sup>18</sup>. In keinem anderen nichtstaatlichen Bereich gelang der DDR, wie man rückblickend besser als damals sehen kann, so früh ein „so tiefer Einbruch“<sup>19</sup> in die von der Bundesrepublik betriebene Politik der Isolierung. Unter diesen Umständen konnte 1955 – wenige Wochen nach Inkrafttreten der Pariser Verträge, die der Bundesrepublik die Souveränität brachten – auch die „provisorische Anerkennung“ des DDR-NOK nicht länger verhindert werden. Daß die Entscheidung des IOC in Paris fiel, war dabei nicht ohne eine gewisse Ironie. Eine „provisorische Anerkennung“ war in den Satzungen des IOC nicht vorge-

---

selbst erst 1951 vom IOC aufgenommen wurde. Bedeutsam ist dieser Punkt vor dem Hintergrund der provokativen Thesen in: Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994.

<sup>15</sup> BAK, B 136/Nr. 5551, von Halt an Adenauer, 25.5. 1951; vgl. auch Guido von Mengden, *Tatsachen und Daten zur Geschichte des gesamtdeutschen Sportverkehrs*, in: *Jahrbuch des Sports 1959/60*, S. 25–44.

<sup>16</sup> BAK, B 136/Nr. 5551, Bundesinnenministerium (künftig: BMI) an Buka, 26. 10. 1953.

<sup>17</sup> BAK, B 136/Nr. 5551, BMI an Buka, 26. 10. 1953, Vermerk über Besprechung mit von Halt am 11. 8. 1956.

<sup>18</sup> Pabst, *Sport*, S. 221.

<sup>19</sup> BAK, B 136/Nr. 5555, Vermerk über die Besprechung Adenauers mit Sportjournalisten, 7. 6. 1961; vgl. auch Konrad Adenauer, *Teegespräche 1959–1961*, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1988, S. 521.

sehen. Sie lief darauf hinaus, daß die DDR keine eigene Mannschaft aufstellen und keinen eigenen Chef de Mission zu den Spielen entsenden konnte. Vielmehr war sie von nun an bis zur Revision dieses Beschlusses 1965 an die Vertretung durch die Bundesrepublik gebunden. An komplizierten Verhandlungen über eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft kam man nun endgültig nicht mehr vorbei.

Zwar konnte die westdeutsche Sportführung froh sein, eine völlige Anerkennung des DDR-Sports verhindert zu haben; denn angesichts der Stellung des IOC und der Rolle des Sports im öffentlichen Leben wäre „die Anerkennung des NOK Ost praktisch der diplomatischen Anerkennung der Sowjetzonenregierung durch eine Großmacht“ gleichgekommen<sup>20</sup>. Aber die Freude hielt sich auch im Westen in Grenzen. Gesamtdeutsche Mannschaften waren im höchsten Grad suspekt, und zwar aus Gründen, die in der Entwicklung des deutsch-deutschen Sportverkehrs zu suchen sind. Von 1951 bis 1955 war es nämlich vor allem die DDR gewesen, die sich im Zusammenhang mit ihrer deutschlandpolitischen Agitation für gesamtdeutsche, paritätisch organisierte Sportverbände und gesamtdeutsche Meisterschaften eingesetzt hatte. Sie waren Teil der unter dem Slogan „Deutsche an einen Tisch!“ gegen die Bundesregierung und die NATO geführten Kampagne<sup>21</sup>.

Im Westen war man deshalb hin- und hergerissen zwischen stereotypen Bekenntnissen, die Kontakte zwischen Ost und West nicht abreißen zu lassen, und Befürchtungen, daß Sportveranstaltungen und zumal gesamtdeutsche Mannschaften dem Osten zur inneren „Aufweichung“ und „Infiltration“ des Westens dienen konnten. Besonders verdächtig erschienen dabei die traditionellen Arbeitersportarten – Schwerathletik, der Radsport und das Tischtennis –, in denen die Kontakte besonders intensiv waren. Vielen war dies ein Dorn im Auge, und Verfechter einer harten Position gegenüber der DDR insistierten darauf, daß es Sportveranstaltungen mit dem sowjetischen „Unrechtsregime“ und anderen Satelliten der Sowjetunion überhaupt nicht geben dürfe<sup>22</sup>.

<sup>20</sup> PA AA, Abt. 2/1914, Bundesamt für Verfassungsschutz an BMI, Auswärtiges Amt (künftig: AA) und Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (künftig: BMG), 15. 5. 1954.

<sup>21</sup> „Die Vergleichskämpfe mit westdeutschen Sportlern müssen benutzt werden, um die Fragen der demokratischen Wiedervereinigung unter die westdeutschen Sportler zu tragen ... Die Durchführung der Meisterschaften muß der Stärkung der deutschen (sic!) Demokratischen Republik dienen“, Niederschrift über die Aussprache mit dem Genossen Walter Ulbricht vom 2. 11. 1955, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO-BA), IV 2/18 Nr. 2; Walter Kortenberg, Der Sport in der sowjetischen Besatzungszone, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1954, S. 25 ff.; Pabst, Sport, S. 160 ff.

<sup>22</sup> Vgl. z. B. die Schreiben des Volksbundes für Frieden und Freiheit e. V., in: BAK, B 106/Nr. 1758. Die höchst umstrittene Einschränkung der Teilnahme östlicher Sportler an privaten Sportveranstaltungen wurde immer wieder mit Spionagegefahr begründet. Vgl. BAK, B 106/Nr. 1955, Vermerk für Staatssekretär II durch die Hand des Gruppenleiters J, 8. 7. 1955; Referat VI A 4 stellte dem (Sport-)Referenten Sievers mit Schreiben vom 15. 11. 1955 (BAK, B 106/Nr. 1810) besorgte die Frage, „ob mit Hilfe dieser gesamtdeutschen Sportbeziehung nicht eine weitere Verstärkung der kommunistischen Beeinflussung und Infiltration befürchtet werden muß“.

Die Vertreter des Deutschen Sportbunds reagierten auf solche Initiativen mit pragmatischem Macht- und Selbstbewußtsein. Sie betonten seit Mitte der fünfziger Jahre immer wieder, daß man sich abgesehen von einigen Arbeitersportlern wenig Sorgen um die westdeutschen Sportler zu machen brauche. Wenn jemand für Propaganda anfällig sei, dann seien es die Sportler aus dem Osten, die durch westliche Ideen „infiltriert“ würden<sup>23</sup>. Außerdem behielten sich der DSB und die einzelnen Fachverbände die Befugnis zur Bewilligung jeder einzelnen deutsch-deutschen Sportveranstaltung vor. Auf diese Weise hoffte man Einfluß auf Vereine und Sportler nehmen zu können, die zu intensive Kontakte mit dem Osten pflegten<sup>24</sup>. Schließlich glaubte der DSB auch über vertragliche Abmachungen ein effektives Druckmittel gegenüber politischen Einflußversuchen der DDR in der Hand zu haben. Von größter Bedeutung war in dieser Hinsicht das Berliner Abkommen vom 12. Dezember 1952<sup>25</sup>. Diesem Abkommen war im September der Abbruch der gesamtdeutschen Sportbeziehungen durch den DSB vorausgegangen. Die Gründe für diesen dramatischen Schritt lagen im fortlaufenden politischen Mißbrauch des Sports und insbesondere in der Behinderung von Berliner Sportlern. Mit dem Abkommen verschaffte sich der DSB ein, wie man aufgrund späterer Erfahrungen meinte, recht wirksames Druckmittel, um die politische Instrumentalisierung einzelner Veranstaltungen zu unterbinden. Aber das Abkommen reichte sehr viel weiter: Neben Bestimmungen über „parteipolitische Reden oder Ansprachen“, der Verpflichtung zur schwarz-rot-goldenen Fahne und der Anerkennung der Flaggen und Wimpel der beteiligten Sportorganisationen findet sich darin auch ein Bekenntnis zu gesamtdeutschen Mannschaften sowie – einigermaßen konträr dazu – die Empfehlung an die westdeutschen Verbände, die Anträge der DDR-Sportsektionen zur Aufnahme in die internationalen Sportorganisationen zu unterstützen.

Das Berliner Abkommen von 1952 ist nichts weniger als der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag auf dem Gebiet des Sports: Die beiden deutschen Sportorganisationen verhandelten nicht nur miteinander, sondern schlossen auch Verträge. Der Sportverkehr war von nun an bilateral geregelt. Vereinzelt wurde zwar schon damals erkannt, daß nun auf „internationaler Grundlage [...] zwei Deutschland“ erschienen<sup>26</sup>. Später wurde das Abkommen aber immer wieder als Beispiel für die Blauäugigkeit der Sportführung angeführt, etwa als der DSB-Generalsekretär von Mengden 1962 dem damaligen Verhandlungsführer Daume schrieb, daß die westdeutsche

<sup>23</sup> BAK, B 106/Nr. 1958, Daume an Schröder, 26. 1. 1956, S. 10f. Daume bezweifelte, daß mehrere als „Sportler getarnte Agenten“ festgestellt worden seien. Zugleich klagte er, daß der bundesdeutsche Nachrichtendienst den Sport zu instrumentalisieren versuche.

<sup>24</sup> Die Praxis der Kontrolle über den deutsch-deutschen Sportverkehr kann hier nicht weiter verfolgt werden. Vgl. auch Pabst, Sport, S. 67 ff., 258 ff.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 154 ff.

<sup>26</sup> BAK, B 106/Nr. 1758, Kitz, BMI, an Daume, 30. 1. 1953. Vgl. auch das Schreiben des Staatssekretärs im BuKa an BMI, 17. 12. 1952, in: BAK, B 136/Nr. 5551. Darin wird deutlich, daß man noch eine Woche nach dem Abkommen nicht genau über die Einzelheiten unterrichtet war.

Sportführung 1952 „fast den ganzen Obstgarten“ verschenkt habe, von dem sie nun „die letzten drei Bäume erbittert“ verteidigte<sup>27</sup>.

Gemessen an der Logik des Kalten Krieges mochte im Berliner Vertrag in der Tat eine gewisse Naivität zum Ausdruck kommen. Auf der anderen Seite ist aber auch klar, daß Daume nicht allein stand. Wenn er die Auffassung vertrat, daß man das „sportliche West-Ost-Problem“ nicht zu politisch sehen dürfe, so sprach dieser geschickte Taktiker, der ansonsten die Berechnungen der ostdeutschen Sportführung sehr gut verstand, eine gerade unter Sportlern weit verbreitete Meinung aus<sup>28</sup>. In wenigen anderen Bereichen war die Raison des Kalten Krieges so unbeliebt wie im Sport. Die Verweigerung von Einreisevisen für Sportler aus dem Ostblock seitens der Bundesregierung stieß regelmäßig auf massive öffentliche Kritik. Wettbewerbe mit Mannschaften aus dem Ostblock, zumal in Sportarten wie Eishockey und Fußball, waren Publikumsrenner, auch wenn sie, wie 1954 in Krefeld ein Eishockeyspiel gegen eine Moskauer Mannschaft, ausgerechnet am „Tag der Kriegsgefangenen“ ausgetragen wurden<sup>29</sup>.

Ausdruck reiner Blauäugigkeit war auch die Auffassung nicht, man solle doch die ostdeutschen Sektionen „in Gottes Namen“ in die internationalen Verbände aufnehmen, „denn schließlich [hätten] eben die ostdeutschen Sportler auch ein Recht, an internationalen Wettkämpfen teilzunehmen“<sup>30</sup>. In Wahrheit verbarg sich dahinter das Kalkül, gesamtdeutsche Mannschaften zu verhindern. Außerdem hatte die Bereitschaft zur Anerkennung auch andere Gründe, die mit den Regeln des sportlichen Internationalismus zusammenhingen. Die Mitgliedschaft in internationalen Sportverbänden verpflichtete nämlich dazu, Veranstaltungen nur mit Ländern abzuhalten, deren Verbände ebenfalls die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen besaßen. Diese Logik führte mithin ebenfalls auf den Weg der Anerkennung. Dabei zeigte sich immer wieder, daß es in den internationalen Verbänden wenig Verständnis für die Position der Bundesrepublik in der deutschen Frage gab: Die deutsch-deutschen Auseinandersetzungen wurden noch lange überlagert von „teilweise sehr heftigen Aversionen gegen alles Deutsche, auch gegen das bundesrepublikanische Deutsche“<sup>31</sup>. Schon 1952 setzten sich z. B. Vertreter Großbritanniens und der britischen Dominions für die Anerkennung des ostdeutschen Sports ein, da, wie verlautete, in

<sup>27</sup> Zit. nach Pabst, Sport, S. 155.

<sup>28</sup> BAK, B 106/Nr. 1758, Daume an Thedieck, BMG, 22. 1. 1953.

<sup>29</sup> Auf diese extrem unpopulären Einschränkungen, die offenbar auf eine Abstimmung innerhalb der NATO zurückgingen, kann hier nicht näher eingegangen werden. Den Sportverbänden wurde nahegelegt, sich stärker um Kontakte mit den westlichen Staaten zu bemühen. Außerdem wurde Daume instruiert, den Verkehr mit dem Osten auf diejenigen Begegnungen zu beschränken, „bei denen die deutschen Sportler wenigstens die Chance eines guten Abschneidens haben“. Sportliche Begegnungen mit den Sowjets nur um der Sensation willen seien „sportlich ohne Nutzen und politisch schädlich“, BAK, B 106/Nr. 1957, Hagelberger, BMI, an Daume, 11. 11. 1958; vgl. auch Pabst, Sport, S. 222 ff.

<sup>30</sup> Wie Anm. 28.

<sup>31</sup> BAK, B 106/Nr. 1962, Daume an Schröder, 7. 12. 1959.

Deutschland zur Zeit zwei Regierungen beständen und kein Mensch vorhersagen könne, wie lange dieser Zustand noch dauern würde<sup>32</sup>.

So ungünstig die Ausgangssituation der DDR in den frühen fünfziger Jahren also auch sein mochte, so vorteilhaft erwiesen sich für die SED die universalistischen Prämissen der internationalen Sportbewegung, die darauf hinausliefen, allen die Teilnahme am öffentlichen Sportleben zu ermöglichen. Da in der Bundesrepublik zudem wenig Begeisterung für gesamtdeutsche Mannschaften bestand (und diese auch politisch nicht erwünscht waren), ebnete gerade dies der internationalen Anerkennung der DDR den Weg. Außerdem: Im Sport zählt letztlich nichts mehr als der Erfolg, und unter Walter Ulbricht wurde der Sport zum Hochleistungssektor ausgebaut<sup>33</sup>. Besucher der 1950 gegründeten Leipziger Sporthochschule stellten schon bald mit Erstaunen fest, wie großzügig und luxuriös angesichts der knappen Ressourcen dieses Leistungszentrum ausgestattet war. Vergleichbares gab es in der Bundesrepublik zunächst noch nicht<sup>34</sup>. Sport wurde in der DDR zur Staatsaufgabe. Dabei konnte einmal mehr der bald reichlich strapazierte Slogan „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ in die Tat umgesetzt werden, zumal die Sowjetunion bei den Olympischen Spielen 1952 die Systemkonkurrenz auch auf dieses Feld ausgedehnt hatte.

Der Sport war ein integraler Bestandteil des sozialistischen Systems: Bei der Lektüre der internen Pläne für den Breiten- wie den Leistungssport aus den fünfziger Jahren kann man den Eindruck gewinnen, daß zumindest dem Verständnis Ulbrichts nach die sozialistische Zukunftsgesellschaft mit einem großen Sportkollektiv identisch war<sup>35</sup>: Der Sportler wurde zum Idealmodell des produktiven, leistungsorientierten Bürgers stilisiert, der seine Erfolge dem sozialistischen System verdankte<sup>36</sup>. Und da der gleichen, recht simplen Logik nach der „Stand der Produktivkräfte“ den „Stand der Kulturentwicklung“ bedingte, ließ sich daraus auch eine Systemüberlegenheit ableiten.

Wie kaum in einem anderen Bereich ließen sich im Sport Höchstleistungen planen, ja, fast scheint es, als sei der Sport mit der Festsetzung von Förderungsschwerpunkten und Leistungszentren, mit dem „Ausbau der materiellen Basis“ in der Form von Sportstätten und der Verknüpfung mit der sportmedizinischen Forschung selbst zum Paradigma gesellschaftlicher Planung geworden, die im Falle der DDR immer mit Blick auf die Bundesrepublik eingeleitet wurde. Sportliche Höchstleistungen stellten somit einen politischen Auftrag dar: „Die Sportler der DDR müssen die

<sup>32</sup> BAK, B 136/Nr. 5551, von Halt an BMI, 2.9. 1952.

<sup>33</sup> Vgl. u. a. die frühe Dokumentation von Kortenberg, Sport; Kühnst, Sport, S. 43 ff.; Pabst, Sport, S. 206 ff.

<sup>34</sup> Vgl. Dr. Werner Kürbs, Bericht über meinen Besuch der deutschen Hochschule für Körperkultur, 10. 12. 1953, in: BAK, B 101/Nr. 1758; vgl. auch Kühnst, Sport, S. 49 ff.

<sup>35</sup> Diese Fragen sollen in einem separaten Aufsatz behandelt werden.

<sup>36</sup> Dabei kann man nach Kühnst, Sport, S. 58 ff., in den fünfziger Jahren zunächst noch nicht von einer klaren Vorrangigkeit des Leistungssports sprechen. Für das folgende vgl.: John M. Hoberman, Sport and Political Ideology, Austin/Texas 1984; Dieter Voigt, Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Untersuchung, Köln 1975.

Mehrzahl der Meistertitel bei gesamtdeutschen Meisterschaften stellen“, forderte Ulbricht schon 1955<sup>37</sup>. In den folgenden Jahren wurde das „Ein- und Überholen“<sup>38</sup> der Bundesrepublik im Sport eine zunehmend dringlichere Aufgabe. Es ging um mehr als nur „Systemkonkurrenz“. Auf dem Spiel stand die internationale Anerkennung der DDR.

### III. Das Dilemma der „Hallstein-Doktrin“

Sport war Politik, und zwar „hohe Politik“. Diese Erkenntnis setzte sich im Winter 1955/56 auch in der Bundesrepublik durch, wenngleich zunächst aus ganz anderen Gründen als jenseits der Elbe. Um diese Zeit forderte der Bundesaußenminister vom Bundesinnenminister die Federführung in allen Angelegenheiten, in denen in Sportfragen spezifisch außenpolitische Fragen berührt wurden: Die internationalen Sportbeziehungen, insbesondere die Vorbereitung der bevorstehenden Olympischen Spiele, hätten, wie einem zunächst uneinsichtigen Innenministerium entgegeng gehalten wurde, „einen ausgesprochen außenpolitischen Charakter“ angenommen. Die Rückwirkungen dieser Dinge auf die allgemeinen außenpolitischen Beziehungen seien zu groß geworden<sup>39</sup>. Aktueller Anlaß dieser Kontroverse war die Veröffentlichung der Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Sportorganisationen der DDR und der Bundesrepublik über die Aufstellung einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft für die Winterspiele in Cortina d'Ampezzo (Italien), von der Brentano offenbar aus der Zeitung erfuhr. Am 15. November 1955 monierte der Außenminister, daß „unsere vortrefflichen Sportsleute“, die, wie er ironisch hinzufügte, ja nach seinen Informationen weitgehend identisch seien „mit denen, die diesen Beruf schon im 3. Reich ausübten“, durch diese Verhandlungen nicht nur anerkannten, daß es zwei olympische Komitees, sondern auch – weit schlimmer! – zwei deutsche Nationalhymnen gebe. Daran könne man einmal mehr sehen, wohin „technische Ost-West-Kontakte“ führten<sup>40</sup>. Für die Vertreter des Sports war die „Bestürzung“ des Außenministers zunächst alles andere als verständlich; die Ergebnisse der Verhand-

<sup>37</sup> Wie Anm. 21 (Aussprache vom 2. 11. 1955).

<sup>38</sup> SAPMO-BA, IV 2/18/Nr. 2, Aktennotiz der Arbeitsgruppe Sport v. 10. 11. 1959 über eine Aussprache der Gen. Neumann und Honecker mit Vertretern des Deutschen Turn- und Sportbundes.

<sup>39</sup> BAK, B 106/Nr. 1810, Entwurf: PA AA, 604/Nr. 635, Hallstein, AA, an Bleek, BMI, 18. 2. 1956. Bleek hatte in einem Schreiben vom 30. 1. 1956 die Federführung für sein Ministerium beantragt.

<sup>40</sup> BAK, B 106/Nr. 1810, Brentano an Schröder, 15. 11. 1955. Der Hinweis auf die „technischen Ost-West-Kontakte“ bezog sich zunächst einmal auf den Anspruch der Sportler, Fragen wie die der gemeinsamen Trikots, der Bekleidung, des olympischen Chef de Mission und eben auch der Hymnen „unpolitisch“ zu lösen. Zugleich war es eine klare Absage an alle Bemühungen, über die Bildung deutsch-deutscher Gremien die Kontakte zwischen dem geteilten Deutschland zu intensivieren, wie das die Opposition wünschte; vgl. dazu auch Daniel Kosthorst, Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961, Düsseldorf 1993, S. 89.

lungen lagen ja schon länger vor, ohne daß es zu Interventionen oder Stellungnahmen gekommen wäre<sup>41</sup>. Das Arrangement der beiden deutschen Sportorganisationen war nicht nur wegen der zwei Nationalhymnen brisant. Es gab weitere Gründe, die mit der Moskau-Reise des Bundeskanzlers im September und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion zusammenhingen, einer Reise, der im übrigen zum Leidwesen der Bundesregierung eine publizistisch gut vorbereitete Einladung von Spartak Moskau an den Deutschen Fußball-Bund vorausgegangen war, die nicht mehr rückgängig zu machen war<sup>42</sup>. Die deutschen Fußballer verloren ihr Spiel. Darüber, ob die Moskaureise ein Erfolg war oder nicht, gingen die Meinungen innerhalb der deutschen Delegation auseinander: Für Außenminister Brentano und seinen Staatssekretär Hallstein war der Kanzler, der ganz auf Prestigegewinn nach innen wie nach außen setzte, zu konzessionsbereit gewesen<sup>43</sup>. Außerdem war kurze Zeit danach auch der DDR von der Sowjetunion die vollständige Souveränität übertragen worden und damit eingetreten, was die Skeptiker vorausgesehen hatten: Deutschland war künftig nun ausgerechnet in Moskau durch zwei Botschaften repräsentiert. Die eigene Politik hatte also nichts anderes als einen Präzedenzfall geschaffen, der auf die Aushöhlung des Alleinvertretungsanspruchs hinauslief.

Vor diesem Hintergrund wurde im Auswärtigen Amt zwischen September und Dezember 1955 zur Klärung der eigenen Position die sogenannte „Hallstein-Doktrin“ formuliert<sup>44</sup>. Neu daran war nicht der Alleinvertretungsanspruch als solcher oder die Ankündigung, daß die Anerkennung der DDR als ein unfreundlicher Akt gegenüber der Bundesrepublik betrachtet würde. Das kannte man auch früher schon. Neu war vielmehr die wohl auf Außenminister Brentano selbst zurückgehende Zuspitzung, daß die Bundesrepublik die Anerkennung der DDR mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen quittieren würde.

Anlaß zu dieser klaren Positionsbestimmung, die auf einer Botschafterkonferenz Ende 1956 getroffen wurde, waren Pläne Ägyptens und Finnlands gewesen, in Ost-Berlin eine Handelsvertretung mit konsularischen Rechten zu eröffnen. Aber während man sich in Bonn noch Gedanken über die wankelmütige Haltung vor allem

<sup>41</sup> Vgl. PA AA, 604/Nr. 635, von Halt an Müller-Horn, 21. 2. 1956. Rückblickend kritisierte vor allem Willi Daume immer wieder, daß die Bundesregierung zunächst wenig Interesse für Fragen des Sports zeigte; BAK, B 106/Nr. 1962, Daume an Hagelberger, BMI, 14. 11. 1958.

<sup>42</sup> Zur Schadensbegrenzung wurden Überlegungen angestellt, wie man zur Vermeidung eines Faux pas dem Präsidenten des Fußball-Bunds Bauwens und der Mannschaft einen geeigneten Staatsbürgerunterricht zukommen lassen könnte; BAK, B 106/Nr. 1824, Bleek, BMI, an Hallstein, AA, 12. 7. 1955.

<sup>43</sup> Die beste Darstellung bei Kosthorst, Brentano, S. 78 ff.; Hans-Peter Schwarz, Adenauer, Bd. II: Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1986, S. 207 ff.; Josef Foschepoth, Adenauers Moskaureise 1955, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22/86, 31. 5. 1986, S. 30–46.

<sup>44</sup> Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 88 ff. Vgl. auch Heinz Hermann Verfürth, Die Hallstein-Doktrin und die Politik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Staaten von 1955 bis 1967, Sozialwiss. Diss. Bochum 1968; Schwarz, Adenauer, II, S. 370; Hans-Peter Schwarz, Gedenkrede, in: Gedenkfeier des Auswärtigen Amtes zum 90. Geburtstag von Staatssekretär Professor Dr. Walter Hallstein (25. November 1991), Bonn 1991.

blockfreier Länder machte, sah sich die Bundesrepublik plötzlich selbst auf der Anklagebank: Am 14. Dezember erklärte nämlich der Direktor der Politischen Abteilung des NATO-Generalsekretärs dem deutschen NATO-Gesandten in Paris, Blankenhorn, daß man bei einigen Mitgliedsstaaten, aber auch innerhalb des Generalsekretariats selbst, über die Bildung eines gemeinsamen deutschen Olympischen Komitees und die Einigung in der Hymnenfrage erstaunt sei. Wie sei es möglich, „daß die Bundesregierung einerseits von den übrigen NATO-Mitgliedern eine schroffe Ablehnung des Pankower Regimes verlange, andererseits sich selbst keineswegs an diese Forderungen halte“? Blankenhorn antwortete auf solche Fragen, daß „zwischen den menschlichen Beziehungen und rein technischen Kontakten mit der Sowjetzone einerseits und allen politischen Beziehungen, die einer Anerkennung des Regimes gleichkommen würden, andererseits“ ein wesentlicher Unterschied bestehe<sup>45</sup>. Aber solchen feinsinnigen Differenzierungen traute man in Bonn jetzt wie auch in der Folgezeit selbst nicht. Die Vorstellung, daß bei einer olympischen Siegerehrung, an der das ganze diplomatische Corps des gastgebenden Landes teilnahm, die Nationalhymne der DDR gespielt würde, raubte nicht nur Hallstein den Schlaf. Auf einen solchen Fall warteten in seinen Augen nicht nur die Ostblockstaaten; auch im „Lager der freien Welt“ gäbe es, wie er wohl mit Blick auf England meinte, Politiker, die eine solche Manifestation nicht ablehnen würden<sup>46</sup>. Durfte es so etwas wie gesamtdeutsche Mannschaften überhaupt geben? Die Verhandlungen zwischen den beiden NOK, um die man sich vor der Moskaureise Adenauers offenbar wenig gekümmert hatte, waren plötzlich zur Staatsaffäre geworden.

Die Strategie der DDR-Führung war eindeutig. Die westdeutschen Sportfunktionäre bemerkten schon in den Gesprächen der beiden NOK einen abrupten Sinneswandel ihrer östlichen Kollegen nach Adenauers Moskaubesuch<sup>47</sup>. Das Bekenntnis zu gesamtdeutschen Vertretungen wurde aus dem Vokabular gestrichen; erst 1959/60 sollte es im Kontext der Vorschläge über eine Konföderation wieder auftauchen. Auch im Sport sollte nun die Souveränität der DDR klar dokumentiert werden: „Ausgehend von der Existenz zweier deutscher Staaten kann bei den Verhandlungen zwischen Vertretern der Sektion Fußball der DDR und den Vertretern des Deutschen Fußball-Bunds die Basis für die Verhandlung nur die volle Gleichberechtigung sein“, hieß es in internen Richtlinien für die Gespräche über eine gesamtdeutsche Fußballmannschaft für die Olympischen Sommerspiele in Melbourne 1956<sup>48</sup>. Aufgrund der großen Leistungsdifferenzen war das, wie man genau wußte, völlig indiskutabel.

<sup>45</sup> Krapf (in Vertretung von Blankenhorn) Paris (NATO) an AA, 14. 12. 1955; Fernschreiben Blankenhorn an AA, 20. 12. 1955 (PA AA, 700/Nr. 146).

<sup>46</sup> BAK, B 106/Nr. 1810, Niederschrift über Besprechung am 6. 1. 1956; AA 604/Nr. 633; vgl. auch ebenda, Niederschrift über die Besprechung am 17. 1. 1956 bei Herrn Staatssekretär wegen der Aufstellung gesamtdeutscher Mannschaften bei den Olympischen Spielen 1956, Abt. 6.

<sup>47</sup> Darauf weist Daume hin, vgl. Niederschrift über die Besprechung am 6. 1. 1956, in: Ebenda.

<sup>48</sup> PA AA, 700/Nr. 146, Richtlinien für Sowjetzonen-Sport-Delegationen mit Sportverbänden der Bundesrepublik. Die Verhandlungen scheiterten, da die DDR-Sportvertreter u. a. eine Parität der Spieler forderten, vgl. BAK, B 106/Nr. 1955, Vermerk v. 3. 12. 1955.

Die gleiche Strategie der Sprengung verfolgte man in den Bereichen, wo es, wie beispielsweise im Tischtennis, Handball oder der Leichtathletik, noch gesamtdeutsche Sportmannschaften gab.

In der Bundesrepublik tat man sich schwerer, eine Linie zu finden. Man schwankte zwischen dem Wunsch, West- und Ostdeutsche unter der schwarz-rot-goldenen Fahne antreten zu lassen, und fundamentalen politischen Bedenken. So begrüßten Referenten im Ministerium für gesamtdeutsche Beziehungen ebenso wie auch einzelne Abteilungen des Auswärtigen Amtes 1956 die Idee der Aufstellung einer gesamtdeutschen Eishockeymannschaft: Sie würde „das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen und ihr[en] Willen zu einem einheitlichen Deutschland“ demonstrieren<sup>49</sup>. Tatsächlich schien jetzt die Stunde gekommen, die bis dahin von der DDR ausgehende Parole vom gesamtdeutschen Sport zu propagieren; denn mit gesamtdeutschen Mannschaften ließ sich Deutschland als Nation repräsentieren. Bedingung dafür war selbstverständlich, daß die Mannschaftsführer aus der Bundesrepublik stammten und man sich im Sinne der Bundesrepublik auf die nationalen Symbole einigte.

Andererseits setzte man sich mit der Schaffung gesamtdeutscher Mannschaften und mit gesamtdeutschen Meisterschaften zunächst aber doch dem Verdacht aus, mit der DDR zu „sympathisieren“: Dies war, wie von Halt 1956 mit Blick auf die Olympiamannschaft meinte, eine Form der „Verständigungspolitik“<sup>50</sup>, die es eigentlich gar nicht geben dürfe. Aber das war nicht das einzige oder gar das entscheidende Problem. Wie Karl Carstens, damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt, im Zusammenhang mit der Aufstellung der erwähnten Eishockeymannschaft vermerkte, konnten die dazu notwendigen Verhandlungen „im sowjetzonalen Sinne als Beweis dafür interpretiert werden, daß das Wiedervereinigungsproblem und die mit ihm zusammenhängenden Fragenkomplexe durch direkte Kontakte zwischen Bonn und Pankow gelöst werden können“<sup>51</sup>. Das war auch die Meinung Hallsteins: Es gehe nicht an, daß die Bundesregierung einerseits mit dem äußersten Mittel, dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohe, falls ein Staat die Anerkennung der DDR in Erwägung zöge, andererseits aber den Anschein erwecke, als ob sie sich mit Vereinbarungen wie denen der beiden deutschen NOK identifiziere<sup>52</sup>.

Aus diesen Gründen wurde zunächst mit allen Mitteln versucht, die vorläufige Anerkennung des DDR-NOK wieder rückgängig zu machen<sup>53</sup>. Das entpuppte sich

<sup>49</sup> PA AA, 700/Nr. 146, Vermerk von Referat 201, Dr. Fechter, 17.7. 1956 betr. Gesamtdeutsche Eishockeymannschaft für die Weltmeisterschaft in Moskau.

<sup>50</sup> PA AA, 604/Nr. 633, Niederschrift über die Besprechung am 17.1. 1956 (wie Anm. 46).

<sup>51</sup> Vermerk v. 19.7. 1956 zum Vermerk von Fechter v. 17.7. 1956 (wie Anm. 49).

<sup>52</sup> PA AA, 604/Nr. 633, Niederschrift der Abt. 6 über die Besprechung am 17.1. 1956.

<sup>53</sup> Noch im Januar 1956 zeigte von Halt im Auswärtigen Amt Zweckoptimismus, die Aufstellung einer gesamtdeutschen Mannschaft für die Sommerspiele in Melbourne verhindern zu können; vgl. die Aufzeichnung von Abt. 6 über die Besprechung am 17.1. 1956, in: Ebenda. Tatsächlich wurde von Halt später vorgeworfen, von dem Führer des „Ost-NOK“ eingenommen zu sein; ebenda, Vermerk v. 25.1. 1956 über Anruf von Müller-Horn am 25.1. 1956 aus Cortina d'Ampezzo. Mül-

schnell als Illusion. Die Anstrengungen, über das diplomatische Corps und die Verbündeten direkt und indirekt auf IOC-Präsident Brundage und andere IOC-Mitglieder einzuwirken<sup>54</sup>, erwiesen sich als Fehlschlag. Das gleiche gilt für spätere Versuche, den DDR-Sport in den Weltverbänden zu isolieren und auszuschließen<sup>55</sup>. Das mußte schon deshalb ein frommer Wunsch bleiben, weil sich im Bereich des Sports das Prinzip „zwei Staaten“ schon früh durchgesetzt hatte<sup>56</sup>.

Welche Alternativen gab es? Die beiden federführenden Ministerien drängten 1956 auf den Boykott der Sommerspiele in Melbourne, der von einem Austritt aus dem IOC flankiert werden sollte. Zugleich drohte Innenminister Schröder mit der Sperrung der Subventionen für die deutsche Olympiamannschaft: Damit würde sich die Bundesrepublik demonstrativ von den Beschlüssen der beiden NOK distanzieren<sup>57</sup>. Im DSB war man entsetzt. Daume entwickelte 1956 gegenüber Innenminister Schröder ein Szenario, demzufolge sich einzelne westdeutsche Sportler über Berlin der DDR-Mannschaft anschließen würden<sup>58</sup>. Noch problematischer aber war ein anderer Punkt: Bei einem Olympiaboykott der Bundesrepublik wäre die DDR-Mannschaft mit Sicherheit allein zu den Spielen gereist; außerdem hätte dies möglicherweise die von der DDR angestrebte volle internationale Anerkennung der DDR-NOK bedeutet.

Jetzt wie auch in der Folgezeit waren es die Vertreter des Sports, die den Politikern vorwarfen, aus einem falschen Gefühl der politischen Stärke heraus die Implikationen des sportlichen „Internationalismus“ zu verkennen. Als NOK-Präsident von Halt die Vertreter einer harten Linie fragte, ob die Bundesregierung eher die Anerkennung eines selbständigen „SBZ-NOK“ und das Auftreten einer selbständigen DDR-Mannschaft bei den Olympischen Spielen oder die Teilnahme einer gesamtdeutschen Mannschaft wünsche, konnte Staatssekretär Hallstein nur antworten, daß das erstere mit allen Mitteln verhindert werden müsse und das zweite mit einem Minimum an Konzessionen notfalls tragbar sei<sup>59</sup>.

Damit war ein Kompromiß angedeutet. Neben anderen Protokollfragen einigten sich die beiden NOK für die Sommerspiele schließlich auf Ludwig van Beethovens „Hymne an die Freude“ als Ersatz für die Nationalhymne. Das war für sich genommen wiederum nicht ganz unproblematisch, denn die DDR-Sportführung, die sich bei den Winterspielen keine Hoffnungen auf eine Goldmedaille machen konnte, hat-

ler-Horn vom AA war von Halt nach Cortina zu den Verhandlungen des IOC „zur Seelen- und Rückenstärkung“ zur Seite gestellt worden; vgl. ebenda, Trützschler, AA, an den Botschafter in Canberra, 21.1.1956.

<sup>54</sup> Vgl. PA AA, 604/Nr. 633, Vermerk Trützschlers v. 16.1.1956 auf der Grundlage von Fernschreiben aus Washington.

<sup>55</sup> Die Initiative ging vom Auswärtigen Amt aus, vgl. PA AA, 700/Nr. 146, Ressortbesprechung am 14.10.1958 auf Einladung des BMI; Hagelberger an Daume, 11.11.1958 (wie Anm. 29).

<sup>56</sup> BAK, B 106/Nr. 1962, DSB an Staatssekretär Thedieck, 21.5.1958.

<sup>57</sup> Niederschrift über die Besprechung am 17.1.1956 (wie Anm. 46).

<sup>58</sup> BAK, B 106/Nr. 1958, Daume an Schröder, 26.1.1956.

<sup>59</sup> Niederschrift, 17.1.1956 (wie Anm. 46).

te Beethovens „Hymne an die Freude“ nur deshalb vorgeschlagen, um das Deutschlandlied zu verhindern.

Die Bundesregierung mußte nicht nur 1956 einsehen, daß gesamtdeutsche Mannschaften „noch die beste von allen schlechten Lösungen“ darstellten<sup>60</sup>. Zähneknirschend und mit einiger Verärgerung darüber, daß der Sport bei aller Bereitschaft seiner Funktionäre, mit staatlichen Stellen zu kooperieren, eigenen Gesetzen gehorchte und nicht voll auf die außenpolitische Linie zu bringen war, machte man gute Miene zum bösen Spiel und beugte sich den Realitäten, 1956 wie 1960. Offenbar gab es 1956 aber bis zuletzt Stimmen, wohl auch aus dem Bundeskanzleramt, die einen Boykott befürworteten<sup>61</sup>. Noch 1960 fand man sich nur schwer mit der eingetretenen Entwicklung ab. Als Willi Daume nach einer hitzigen Unterredung Bundeskanzler Adenauer zu überreden versuchte, auf der anschließenden Pressekonferenz zu sagen, daß er bei den Olympischen Spielen in Rom eine gesamtdeutsche Mannschaft immerhin „honoriere“, konterte Adenauer mit offensichtlichem Verdruß: „Honoriert nicht! Ich würde auch nicht sagen toleriert. Ich würde sagen: das ist eine Tatsache, [und] über Tatsachen lange zu sprechen, hat keinen Zweck.“<sup>62</sup> Er ließ keinen Zweifel daran, daß ihm die ganzen deutsch-deutschen Kontakte im Sport höchst suspekt waren.

Wie an der Debatte über die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1956 zu sehen ist, stand Bonn, gewappnet mit der „Hallstein-Doktrin“, vor einem fundamentalen Dilemma: Verhandlungen mit dem DDR-Sport konnten als politische Anerkennung der DDR interpretiert werden, selbst wenn es auf seiten der Bundesrepublik eine nichtstaatliche Organisation war, die diese Verhandlungen führte. Gesamtdeutsche Mannschaften waren seit 1956 ein Auslaufmodell, auch wenn die Bundesregierung sie nun zunehmend als „erwünscht“ betrachtete. Das Problem war, daß sie nicht ohne weiteres zur inneren Konstituierung der Bundesrepublik paßten, wie sich zeigte, als es um die Frage von Bundeswehrangehörigen in gesamtdeutschen Mannschaften ging<sup>63</sup>. Aber auch die Alternative war nicht diskutabel, denn mit getrennten Mannschaften wäre nämlich die Anerkennung der DDR auf internationaler Bühne noch offenkundiger gewesen. Mit anderen Worten: Es bestand die Gefahr des Scheiterns, egal welchen Weg man auch einschlug. Denn die „Hallstein-Doktrin“ setzte eine radikale Trennung von Ost und West voraus, die es im Sport nicht gab.

<sup>60</sup> PA AA, 604/Nr. 1069, Abt. 6, Dr. Langer, Dr. Holz, Aufzeichnungen betr. Gesamtdeutsche Mannschaften anlässlich der Olympischen Spiele, 20.7. 1962.

<sup>61</sup> Vgl. das erbitterte Schreiben Daumes an Schröder, 15.11. 1956, in: BAK, B 106/Nr. 1958; Kosthorst, Brentano, S. 89.

<sup>62</sup> BAK, B 136/Nr. 5551, im Buka angefertigte Niederschrift über den Empfang der führenden Vertreter der deutschen Turn- und Sportbewegung beim Bundeskanzler, 5.8. 1960, S. 27. Bundesinnenminister Schröder nahm im übrigen dieselbe Position wie Daume ein, wenn er meinte, daß es als Selbstverständlichkeit gelte, daß Rom von einer gesamtdeutschen Mannschaft beschiedt würde.

<sup>63</sup> Der Moderne Fünfkampf der DDR wurde 1958 vom internationalen Verband aufgenommen, u. a. weil das Bundesverteidigungsministerium die Ausreise von Bundeswehrsoldaten zur Teilnahme an diesem vorwiegend militärischen Kampf in Ostblockstaaten und die DDR verboten hatte, BAK, B 106/Nr. 1962, Daume an Hagelberger, 14. 11. 1956.

## IV. Spaltung durch nationale Symbole?

Nach der Einführung der Staatsfahne der DDR mit Hammer und Zirkel – der sogenannten „Spalterflagge“ – am 1. Oktober 1959 und, wenige Monate später, der Einführung des roten Sportemblems verschärfte sich das erwähnte Dilemma weiter. Die DDR war, wie die Bundesrepublik mit dem Bundesadler, auch schon früher mit Hammer und Zirkel bei internationalen Sportveranstaltungen aufgetreten. Aber erst jetzt wurde die Flaggenfrage zu einem höchst brisanten Thema. Hatte man vorher schon alle Hände voll damit zu tun gehabt, zwei deutsche Nationalhymnen bei internationalen Sportveranstaltungen zu verhindern<sup>64</sup>, standen nun plötzlich auch noch zwei Fahnen zur Debatte. Die neue Staatsflagge wurde von der DDR gezielt zur Demonstration der eigenen Souveränität eingesetzt<sup>65</sup>. Neben Sportveranstaltungen waren Messen, Ausstellungen und Kulturveranstaltungen der Austragungsort dieser Politik symbolischer Nadelstiche. Das IOC griff im Vorfeld der olympischen Sommerspiele in Rom 1960 in diesen Flaggenstreit ein, indem es die von Daume und dem bundesdeutschen NOK favorisierte Kompromißlösung akzeptierte: Wie schon 1956 sollte die gesamtdeutsche Mannschaft mit den fünf olympischen Ringen vor dem Hintergrund der deutschen Farben im roten Feld auftreten<sup>66</sup>.

Es überrascht nicht, daß die DDR von diesem „Kompromiß“ alles andere als begeistert war und (angeheizt durch die politische Stimmung im Zusammenhang mit der Berlinkrise) einmal mehr gegen den westdeutschen Sport und namentlich gegen Daume und von Halt polemisierte. Erst als sich die Bundesregierung am 20. November per Kabinettsbeschluß der Sache annahm und erklärte, daß es mit der „nationalen Würde“ unvereinbar sei, wenn die deutsche Mannschaft bei den Olympischen Spielen eine andere als die Bundesflagge zeige<sup>67</sup>, machte man in Ost-Berlin einen Rückzieher und rieb sich genüsslich die Hände: Jede andere Lösung (wie beispielsweise die Olympiafahne ohne die deutschen Farben) mußte, wie man schon im Vorfeld kalkuliert hatte, von der Bundesregierung als Niederlage betrachtet werden<sup>68</sup>. So war es denn auch: Der Beschluß des IOC war unwiderruflich – trotz hef-

<sup>64</sup> Vgl. Pabst, Sport, S. 232 ff.; vgl. auch die Dokumente in: BAK, B 106/Nr. 1962.

<sup>65</sup> Vgl. SAPMO-BA, IV 2/18/Nr. 34, Direktive zur Durchsetzung der Staatsflagge der DDR in den Staaten, die nicht zum sozialistischen Lager gehören bzw. keine diplomatischen Beziehungen mit der DDR unterhalten. Bestätigt durch die Sitzung der Außenpolitischen Kommission vom 18. 11. 1959, 24. 11. 1959.

<sup>66</sup> Vgl. Pabst, Sport, S. 248 ff.

<sup>67</sup> Leider findet sich weder in den Akten des Bundeskanzleramtes noch des Auswärtigen Amtes der Schriftverkehr zu dieser Frage. Laut mündlicher Auskunft gibt es im Politischen Archiv des AA dazu auch keine Verschlusssachen.

<sup>68</sup> „Wenn DSB gegen eigene Fahne ist, schlagen wir eine gemeinsame Fahne vor, die weder unserer noch der westdeutschen irgendwie ähnlich ist, z. B. weißes Tuch mit olympischen Ringen. Das ist kein Abweichen oder Zurückgehen, sondern jedem wird klar, wenn auch die westdeutsche Fahne nicht gezeigt wird, daß in Deutschland eine komplizierte Lage besteht. So eine Flagge demon-

tiger Interventionen der Bundesregierung. Als letzter Ausweg blieb für Bonn wieder nur der extrem unpopuläre und vor den Wahlen zudem wenig opportune bundesdeutsche Olympiaboykott.

Die Zuspitzung war bezeichnend; ob sie notwendig war, ist eine andere Frage. Neben Mißverständnissen, die das IOC verursacht hatte<sup>69</sup>, war vor allem die falsche Einschätzung und die von Daume immer wieder diagnostizierte Fehlperzeption – um nicht zu sagen: Ignoranz – der Bundesregierung im Hinblick auf den sportlichen „Internationalismus“ für die fatale Entwicklung verantwortlich<sup>70</sup>. Es ging um eine prinzipielle Frage: Die gemeinsame Olympiafahne sollte keine Staatsfahne sei, sie sollte weder die Bundesrepublik noch die DDR, sondern nur die gemeinsame deutsche Olympiamannschaft symbolisieren. Das war die Position des Sports, die auch von einigen prominenten Politikern geteilt wurde. Entsprach dieser Kompromiß nicht „der wirklichen Situation unseres gespaltenen Landes“, fragte etwa der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer<sup>71</sup>. Diese Position war aber nicht nur für Adenauer indiskutabel. Er nahm Lemmers Äußerung sogar zum Anlaß, in einem Tonstudio vor versehentlich laufendem Tonband laut zu überlegen, ob er „den Kerl jetzt deswegen aus dem Kabinett rausschmeißen“ solle<sup>72</sup>. Adenauer pochte auf die staatliche Autorität und die Glaubwürdigkeit seiner Außenpolitik. Auch viele seiner Parteikollegen waren zutiefst empört, daß nichtstaatliche Organisationen darüber zu verfügen versuchten, „welche Flaggen die Deutschen bei einer solchen Veranstaltung zu zeigen haben, während alle anderen Staaten ihre Nationalflagge zeigen“<sup>73</sup>.

striert schon das Bestehen zweier deutscher Staaten“; SAPMO-BA, IV 2/18/Nr. 2, Arbeitsgruppe Sport, Niederschrift über eine Beratung des Gen. Honecker mit der Arbeitsgruppe Sport, dem Sekretariat des DTSB, u. a., 5. 11. 1959.

<sup>69</sup> Pabst, Sport, S. 250.

<sup>70</sup> Die Debatte des Bundesvorstandes der CDU am 25. 11. 1959 gibt einen guten Einblick über die „Fehlperzeptionen“, in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961, bearbeitet von Günter Buchstab, Düsseldorf 1994, S. 556 ff. So ist es schwer zu glauben, daß Außenminister Brentano wirklich der Meinung war, daß entweder eine gesamtdeutsche Mannschaft aufgestellt würde oder die Bundesrepublik allein eine Mannschaft entsende (S. 566). Unwidersprochen blieb die Auffassung von Eric Blumenfeld, daß man es nicht zu einer gesamtdeutschen Mannschaft kommen lassen brauche, eine Meinung, der Adenauer zustimmte (S. 571 f.). Es ist nicht ohne Ironie, daß der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen die Anwesenden darüber aufzuklären versuchte, daß die DDR „bedingtes Mitglied im IOC“ sei (S. 569) und daß man daher mit einer Politik der Stärke nicht ohne weiteres vorankomme; Brentano sah das offenbar nicht so (vgl. S. 559). Auch der Bundesaußenminister war sich nicht darüber im klaren, daß bei einem Boykott mit größter Sicherheit eine eigenständige DDR-Mannschaft nach Rom gefahren wäre.

<sup>71</sup> Protokolle des CDU-Bundesvorstandes (wie Anm. 70), S. 569.

<sup>72</sup> Vgl. die versöhnliche Darstellung von Ernst Lemmer, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a. M. 1968, S. 363. Lemmer und sein Ministerium waren seit 1959/60 von dem Entscheidungsprozeß in Sportfragen weitgehend ausgeschlossen; wichtige Informationen wurden ihm vorenthalten. Zu der Besprechung mit Vertretern des Sports 1960 wurde Lemmer beispielsweise nicht eingeladen, vgl. BAK, B 137/Nr. 5551, Thedieck an Globke, 8. 8. 1960.

<sup>73</sup> Protokolle des CDU-Bundesvorstandes (wie Anm. 70), S. 563, 570 (Hinweis auf die Richtlinien-

Angesichts dieser verfahrenen Situation wurde mit nationalen Symbolen weiter experimentiert. Die Olympiafahne war dafür nur ein weiteres Beispiel: Anstelle des Deutschlandliedes spielte man bei Sportveranstaltungen nicht selten Beethovens „Hymne an die Freude“, die schon 1956 nicht als optimale Lösung empfunden worden war. Bei einigen internationalen Sportveranstaltungen einigte man sich gelegentlich auf Fanfarenstöße oder eine Schweigeminute, die der Weltöffentlichkeit demonstrieren sollten, daß die Deutschlandfrage noch offen war. Wenn dann von den Zuschauern spontan das Deutschlandlied gesungen wurde, war das aus Bonner Sicht die ideale Lösung<sup>74</sup>.

Der IOC-Präsident mochte diesen deutschen Sonderweg als Triumph des Sports über die Politik und Deutschland schon als zukunftsweisenden Vorreiter einer von ihm immer wieder geforderten postnationalen olympischen Idee feiern, derzufolge die Sportler selbst und nicht die von ihnen vertretenen Nationen im Mittelpunkt stehen sollten. Angesichts ähnlich gelagerter Konflikte in Süd- und Nordkorea und Rot- und Nationalchina unternahm Brundage aus schierer Not eine Reihe von Vorstößen, den Sport zu „entnationalisieren“<sup>75</sup>. Die Widerstände, die es dabei zu überwinden galt, waren beträchtlich. Nicht nur die neugegründeten Staaten und die DDR<sup>76</sup> hatten daran wenig Interesse. Auch in der Bundesrepublik stand man derartigen Vorstellungen zwiespältig gegenüber. Die Euphorie des IOC-Präsidenten, daß man im Sport erreiche, was die deutsch-deutsche Politik nicht erreichen konnte, teilte man nicht<sup>77</sup>. Vielmehr beklagte man das fehlende Nationalbewußtsein und beschwor man die Gefahr einer „Neutralisierung“ des Landes. Die ganze Ambiguität

---

kompetenz). „Wenn Sie jetzt die olympischen Ringe in die Fahne reinmachen“, soll Adenauer im November 1959 Daume entgegnet haben, „dann kommt der Zirkus Sarrasani und will einen Elefanten und die Metzgerinnung will mit einem Schweinskopf auf die Fahne“, Pabst, Sport, S.252, zit. nach einem Interview mit Daume. Vgl. auch Adenauer, Teegespräche, S.511 (7.6. 1961).

<sup>74</sup> PA AA, 700/Nr.146, AA an Botschaft Stockholm, 5.8. 1958.

<sup>75</sup> Seit Mitte der fünfziger Jahre setzte sich IOC-Präsident Brundage, wenn auch erfolglos, immer wieder dafür ein, in Zukunft Nationalflaggen und Nationalhymnen bei den Olympischen Spielen wegzulassen bzw. sie durch Trompetenfanfaren zu ersetzen. So unter anderem auch in seiner Eröffnungsrede zur 56. Sitzung des Internationalen Olympischen Komitees in San Francisco, in: Bericht des Deutschen Generalkonsulats San Francisco, BAK, B 106/Nr.1962, 15.2. 1960. 1961 schaffte das IOC den Eid auf das „Vaterland“ ab, und 1962 strich man hervor, daß die Anerkennung eines Nationalen Olympischen Komitees keine politische bedeute, ja daß dies nicht in der Kompetenz des IOC liege; vgl. ebenda, Bulletin des IOC, 1962, S.76.

<sup>76</sup> Für die innenpolitische Instrumentalisierung des Sports vgl. z. B. Dean E. McHenry, The Use of Sports in Policy Implementation: The Case of Tanzania, in: Journal of Modern African Studies 18 (1980), S.237–256. Zum Kalkül der DDR im Hinblick auch auf die „Dritte Welt“ vgl. z. B. Konzeption für die Delegation der DDR, die an den Olympischen Veranstaltungen v. 14.–22.6. 1961 in Athen teilnehmen soll, in: SAPMO-BA, IV 2/18/Nr.27; DTSB, Ergänzung zur Konzeption für die weitere Tätigkeit der DDR-Sportverbände in den internationalen Föderationen, 9.2. 1966, S.4, in: Ebenda, IV 2 A/18/Nr.4.

<sup>77</sup> Bezeichnend ist die Kritik des Botschafters in Australien: Die olympische Wirklichkeit sei im Gegensatz zu den Äußerungen Brundages 1956 bestenfalls noch „römisch-byzantischer Zirkus“, es gehe um den „politischen Kampf“, PA AA, 700 Nr. 146, Schreiben an AA 12.12. 1956.

kommt bei Bundeskanzler Adenauer selbst zum Ausdruck. Auf einer Sitzung des Parteivorstandes der CDU bekannte er im Zusammenhang mit der Debatte über die Olympiafahne, daß man in der Vergangenheit den Fehler gemacht habe, die Bundesrepublik immer als ein Provisorium zu bezeichnen, auch wenn das an sich richtig sei; dadurch sei „ein richtiges Nationalgefühl im deutschen Volke nur sehr langsam erwacht“<sup>78</sup>. Zugleich ermahnte er die Sportler, die trotz Olympiafahne in bundesdeutschen Kategorien des Status quo dachten, daß sie in „erster Linie Deutsche und in zweiter Linie Sportler seien“; es könne die Zeit kommen, „wo jeder Deutsche verpflichtet ist, in erster Linie daran zu denken, daß er Deutscher ist“<sup>79</sup>. Im übrigen aber war und blieb die Position des Kanzlers und seines Außenministers eindeutig: Ließ sich Schwarz-Rot-Gold als Fahne der gesamtdeutschen Mannschaft nicht durchsetzen, so sollte man den olympischen Spielen besser fernbleiben. Das galt auch für andere Sportveranstaltungen, sei es auf internationaler Ebene wie bei der bevorstehenden Fußballweltmeisterschaft in Chile 1962, sei es auf der Ebene des deutsch-deutschen Sports.

Die Bundesrepublik geriet infolge der Flaggenoffensive der DDR zunehmend in Schwierigkeiten. Ihre „Handlungsspielräume“ wurden in den sechziger Jahren enger. Die Sportorganisationen warnten vor einer Selbstisolierung des westdeutschen Sports, die nur der DDR zugute kommen würde, und in der Praxis rettete man sich von einem unbefriedigenden Kompromiß zum anderen. Das Zeigen der DDR-Fahne auf bundesdeutschem Boden wurde zwar noch 1959 verboten. Schwieriger war es aber, auf internationalen Veranstaltungen den Standpunkt der Bundesrepublik durchzusetzen. Nur in wenigen Ländern war es nämlich möglich, das Aufziehen von fremden Fahnen gesetzlich zu verhindern. Es mußten also andere Einflußkanäle gesucht werden. Das diplomatische Corps wurde deshalb zu einer Art universal einsetzbarem Feuerwehrkommando, das angesichts des umfangreichen Sportkalenders mit Hunderten von internationalen Wettkämpfen alle Hände voll zu tun hatte, um auf Veranstalter, Sportorganisationen, Regierungen und vor allem die NATO einzuwirken.

Der Erfolg blieb zunächst tatsächlich nicht ganz aus. Bilaterale Verabredungen und restriktive Maßnahmen des NATO-Konsultationsausschusses spielten bei der Koordinierung der Sportpolitik eine wichtige Rolle. Nach 1960 wurde DDR-Sportlern zeitweise die Ausstellung von Ersatzpässen und Einreisevisen durch das Berliner „Allied Travel Office“ verweigert<sup>80</sup>. Staaten, die nicht der NATO angehörten, empfahl man die Einreise davon abhängig zu machen, ob die Sportler auf die DDR-Fahne und „Becherhymne“ verzichteten, sofern die internationalen Verbände diese nicht selbst untersagten. Vor Ort war aber die Einhaltung dieser Richtlinien äußerst schwierig, und es war nicht auszuschließen, daß die Eurovision unerwünschte Bilder

<sup>78</sup> Protokolle des CDU-Bundesvorstandes (wie Anm. 70), S. 563.

<sup>79</sup> Adenauer, Teegespräche, S. 516 (7. 6. 1961); vgl. auch Protokolle des CDU-Bundesvorstandes (wie Anm. 70), S. 572; Empfang von Sportfunktionären (wie Anm. 62), S. 3.

<sup>80</sup> PA AA, 700/Nr. 87, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate, 22. 11. 1960 und 28. 11. 1960.

frei Haus übermittelte. Was sich in Norwegen oder Spanien unter Umständen noch verhindern ließ, war in Nordafrika unmöglich<sup>81</sup>. Im Juni 1961 hatten Vertreter der westdeutschen Botschaft bei den Ringerweltmeisterschaften in Japan alle Mühe, die Halle zu verlassen, als die bis zur letzten Minute mit dem Veranstalter pokierende DDR-Delegation entgegen allen Vereinbarungen mit ihrer Staatsfahne einzog<sup>82</sup>.

Auch amtliche Instruktionen, wann und ob die DDR-Fahne im „Fahnenwald“ zu „übersehen“ war, lösten das Problem nicht<sup>83</sup>. Im März 1961 trat in Genf<sup>84</sup> ein, was schließlich einmal kommen mußte: Die beiden deutschen Eishockeymannschaften trafen aufeinander. Da im Jahr zuvor der Weltverband den Antrag Rotchinas angenommen hatte, auch nach einem Untergruppensieg die Landesfahne zu hissen und die Nationalhymne des Siegers zu spielen, zog die westdeutsche Mannschaft kurz vor Anpfiff des Spiels unverrichteter Dinge ab. Wie es hieß, war eine Niederlage nicht auszuschließen. Dieser peinliche Abgang war die Folge der mit dem Auswärtigen Amt abgestimmten Position des Deutschen Sportbunds, daß keine westdeutsche Mannschaft bei „Siegerehrungen der Spalterflagge oder der Hymne Pankows irgendeine Reverenz erweisen werde“<sup>85</sup>. Der DSB hatte dieser Linie zunächst heftigen Widerstand entgegengesetzt<sup>86</sup>, im Sommer 1961 aber zähneknirsch eingelenkt: Veranstaltungen, bei denen die DDR-Fahne gezeigt wurde oder wo man nicht sicher war, daß man ein Verbot erwirken konnte, galt es seitens westdeutscher Sportler zu meiden<sup>87</sup>.

1959/60 fand man in der Flaggenfrage zumindest auf westdeutschem Boden einen Modus Vivendi, der im übrigen auch von der DDR-Führung akzeptiert wurde. Kaum war aber dieser Konflikt ausgestanden, kam es zu Auseinandersetzungen

<sup>81</sup> Vgl. PA AA, 700/Nr. 1693, „Zeigen der Spalterflagge und SBZ-Embleme in Nordafrika“. Kurzprotokoll der mit Fragen der SBZ befaßten Referate am 30. 1. 1961.

<sup>82</sup> Vgl. SAPMO-BA, IV 2/18/Nr. 35, Bericht der Ringerdelegation v. 4. 6. 1961. Mit Befriedigung wurde vermerkt, daß der Prinz von Japan der Flagge stehend die Ehre erwiesen habe. Vgl. BAK, B 136/Nr. 5555, Aufzeichnung über Anruf Daumes im AA, 31. 5. 1961.

<sup>83</sup> Das betraf nicht nur den Sport. Im Hinblick auf die Handelsvertretung in Finnland hieß es: „Wenn die Spalterfahne in einer Fahndekoration so angebracht sei, daß sie als einzelne nicht so ohne weiteres zu identifizieren sei, beständen in der Regel keine Bedenken gegen die Anwesenheit eines Mitgliedes der Handelsdelegation“; PA AA, 700/Nr. 1693, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate am 30. 1. 1961.

<sup>84</sup> Vgl. Pabst, Sport, S. 236f.; vgl. auch PA AA, 700/Nr. 87, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate, 28. 2. 1961. Das AA hatte schon im Vorfeld die Teilnahme mißbilligt, als sich zeigte, daß die Hiszung der „Spalterfahne“ nicht mehr zu vermeiden war. Trotz diplomatischer Interventionen bei den Schweizer Kantons- und Bundesbehörden ließ sich daran nichts mehr ändern. Daume entschloß sich offenbar gegen den dringenden Rat des AA, die Entscheidung der Schweiz zu respektieren. Kurz nach diesem Ereignis wurde auch in der Schweiz das Hiszen der Nationalhymne und das Abspielen der Hymne der DDR verboten; vgl. ebenda, 5. 6. 1961.

<sup>85</sup> Ebenda, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate, 14. 3. 1961.

<sup>86</sup> BAK, B 137/Nr. 2745, AA an Buksa, BMI, BMG, 3. 5. 1961.

<sup>87</sup> BAK, B 136/Nr. 5555, Aufzeichnung über die Unterredung zwischen BMI und Daume am 5. 6. 1961; PA AA, 700/Nr. 83, Vermerk der Abt. 700, 14. 6. 1961.

über die Sportabzeichen, die alle DDR-Sportler tragen mußten: Handelte es sich dabei, wie der DSB mit Hinweis auf die Praxis in den internationalen Verbänden meinte, um neutrale Abzeichen, die zudem schon früher getragen worden waren, oder um die Demonstration eines Staatswappens, mit der die DDR einmal mehr ihren Anspruch auf Souveränität demonstrierte? In dieser Frage standen sich Sport und Politik unvereinbar gegenüber. Es ging nun nicht mehr nur um die Teilnahme bei internationalen Sportveranstaltungen. Jetzt stand auch die Zukunft des „kleinen“ deutsch-deutschen Sportverkehrs auf dem Spiel, d. h. jene Veranstaltungen, bei denen sich Lokalmannschaften über das Wochenende in der Regel zum Fußballspiel trafen. Seit Mitte der fünfziger Jahre gab es in diesem Bereich einen regelrechten Einladungswettbewerb zwischen Ost und West. Die DDR-Führung versuchte, möglichst viele Veranstaltungen auf ihren Boden zu ziehen und lockte mit vielerlei materiellen Vergünstigungen. Als Antwort darauf subventionierte das Ministerium für gesamtdeutsche Beziehungen über den DSB seit 1957 Reisen von Sportlern aus Provinzvereinen der DDR in die Bundesrepublik, die es ermöglichten, daß sich 1960 Sonntag für Sonntag ca. 2000 Menschen aus Ost und West trafen<sup>88</sup>.

Der DSB wandte sich, wie erwähnt, immer wieder gegen die Behauptung, westdeutsche Sportler würden im Osten indoktriniert: Der Eindruck der „einfachen Leute aus dem Osten“ im Westen sei viel nachhaltiger als umgekehrt, insbesondere aber handele es sich um einige der ganz wenigen persönlichen Kontakte, die es noch gebe<sup>89</sup>. Der DSB drang damit aber nicht durch, die deutsch-deutschen Sportbegegnungen waren zu vielen ein Dorn im Auge. Bundeskanzler Adenauer selbst griff Daume bei einer Besprechung im Sommer 1960 an: Die paar tausend Sportler, die in den Westen kämen, würden nicht das Gefühl der Freiheit stärken; überall werde „gewühlt, überall wird versucht, unsere Leute weich zu machen“. „Keine Verbindung mit drüben“ war seine Parole mit Blick auf die deutsch-deutschen Konflikte<sup>90</sup>.

Die Angst vor ideologischer Unterwanderung spielte zweifellos eine wichtige Rolle. Die internen Debatten zeigen aber, daß sie nicht überbewertet werden darf. Die fundamentalen Prämissen der Außenpolitik standen im Vordergrund: „Man müsse notfalls bereit sein, die Kontakte der Bevölkerung der Zone auf sportlichem Gebiet zu opfern, wenn es darauf ankäme, die Glaubwürdigkeit unserer Nichtanerkennungspolitik unter Beweis zu stellen“, war nun auch aus dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen zu hören<sup>91</sup>. Hinzu kam noch ein weiterer nicht zu unterschätzender Umstand: Infolge der Restriktionen bei der Vergabe von Reisevisen konnten DDR-Sportler zwar in der Regel nicht im Bereich der NATO, wohl aber in der Bun-

<sup>88</sup> Pabst, Sport, S. 266 ff.; für die Zahlen vgl. Empfang von Sportfunktionären (wie Anm. 62), S. 23.

<sup>89</sup> BAK, B 106/Nr. 1958, DSB an BMI, 27.1. 1960; Empfang von Sportfunktionären (wie Anm. 62), S. 22.

<sup>90</sup> Ebenda, S. 15, 9f.

<sup>91</sup> So Thedieck, BMG, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate, in: PA AA, 700/Nr. 87, 5.7. 1960; ähnlich auch von Dellingshausen, Kurzprotokoll über die Ressortbesprechung am 12.5. 1961 im AA betr. Zeigen der Spalterfahne bei internationalen Sportveranstaltungen, in: BAK, B 106/Nr. 1962.

desrepublik an den Start gehen, wenn sie sich an die „Spielregeln“ hielten. Diese merkwürdige Konstellation machte die Unterbrechung deutsch-deutscher Sportkontakte fast unabweisbar<sup>92</sup>. In diesem Zusammenhang ist wohl auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März 1961 zu verstehen, in dem die Spitzenorganisation des DDR-Sports, der Deutsche Turn- und Sportbund, für verfassungsfeindlich erklärt wurde<sup>93</sup>. Der DSB gab schließlich ebenfalls nach und nahm an keinen Veranstaltungen mehr teil, bei denen Sportler aus der DDR mit ihrem Staatselement antraten<sup>94</sup>. Somit war 1961 vor dem Mauerbau völlig ungeklärt, wie und ob es einen deutsch-deutschen Sportverkehr in Zukunft noch geben könnte.

## VI. Revision der außenpolitischen Prämissen?

In dieser Situation dachten manche Beteiligten laut darüber nach, wer hier wen isolierte, wenn die Bundesrepublik vor allem mit Rücksicht auf die „Hallstein-Doktrin“ verhindern mußte, daß unbedeutende DDR-Provinzmannschaften über das Wochenende in die Bundesrepublik kamen. An diesen Kontakten war am allerwenigsten die SED-Führung interessiert, die 1960/61 die Absperrung der Grenze forcierte<sup>95</sup>. Diktierte die DDR-Führung, so fragten sich viele, mit ihrer Strategie („zwei Schritte vor und einen zurück“) nicht mittlerweile die Spielregeln im gesamtdeutschen Sport? Während die Bundesregierung weiter auf die „grundsätzlichen Prinzipien“ in der Deutschlandpolitik pochte, wurde seit 1959 die Schar derer immer größer, die ein Überdenken der westdeutschen Positionen forderten. Diese Entwicklung ist wohl auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Kritik an der Deutschlandpolitik Adenauers, der Debatte über Konföderationspläne und des Deutschlandplans der SPD zu sehen. Die Zeichen der Zeit schienen auf eine Revision hinzuweisen<sup>96</sup>.

Die staatlich als DDR organisierte SBZ sei eine politische Realität, ungeachtet dessen, ob die Bundesrepublik die „DDR“ anerkannt habe oder nicht, hieß es in einem Referentenentwurf des Innenministeriums: Das Abspielen einer Nationalhymne bei einer offiziellen Sportveranstaltung sei niemals als eine Störung der öffentlichen Ordnung anzusehen; das gelte auch dann, wenn der Staat, dessen Hymne gespielt werde,

<sup>92</sup> Vgl. PA AA, 700/Nr. 87, Vermerk Abt. 700, Forster, 15.12. 1960. Zur Debatte stand der Auftritt des Spitzensportlers Recknagel, der zwar nicht in Norwegen, wohl aber in der Bundesrepublik auftreten konnte, was die norwegischen Sportverbände zu Protest veranlaßte. Vgl. auch BAK, B 106/Nr. 1962, AA, Brentano, an Daume, 14.8. 1961: „Wir können die Weltöffentlichkeit und die mit uns verbündeten und befreundeten Regierungen kaum von der Notwendigkeit energischer gemeinsamer Schritte gegen die Maßnahmen des Zonenregimes überzeugen, wenn wir nicht selbst die erforderlichen Konsequenzen ziehen.“

<sup>93</sup> Pabst, Sport, S. 293.

<sup>94</sup> BAK, B 137/Nr. 2745, Vermerk der Besprechung Lammers mit Daume, 15.6. 1961.

<sup>95</sup> Vgl. die Information über zwei Aussprachen mit Gen. Walter Ulbricht u. die wichtigsten Arbeiten der Zeit v. 10. 7. bis 5. 8. 1961 (Hellmann), in: SAPMO-BA, IV 2/18/Nr. 2.

<sup>96</sup> Für einen guten Überblick vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer: Epochenwechsel 1957–1963, Wiesbaden 1983, S. 83 ff.

von dem Staat, der die Veranstaltung ausrichte, nicht anerkannt werde oder wenn die diplomatischen Beziehungen abgebrochen seien<sup>97</sup>. Der Entwurf scheint nicht eben auf Beifall gestoßen zu sein. Aber auch Innenminister Schröder mahnte Ende 1959 im Zusammenhang mit dem Flaggenstreit gegenüber Verfechtern einer harten Linie zur Vorsicht: Das „gesamte Problem des Verhältnisses zur SBZ in allen seinen Erscheinungen“ müsse neu durchdacht werden; dabei sei „auch die Frage der Durchsetzbarkeit beabsichtigter Maßnahmen zu prüfen“; die Flaggenfrage sei nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtproblem<sup>98</sup>.

Eine Kommission aus Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Innen- und Gesamtdeutschen Ministeriums machte sich im Frühjahr 1961 ebenfalls Gedanken über die verfahrenere Lage. In einem Strategiepapier stellte sie die Frage, ob angesichts der de facto bestehenden Spaltung des Sports eine Erfüllung der protokollarischen Vorschriften wirklich eine „politische de facto-Anerkennung“ implizieren müsse, ja, ob die Verbündeten die unterschiedliche Haltung im politischen und sportlichen Bereich nicht vielleicht sogar als notwendig anerkennen würden<sup>99</sup>.

Es verwundert nicht, daß vor allem die Vertreter des DSB einen politischen Kurswechsel forderten. Verhandlungen mit DDR-Sportfunktionären waren ein mühseliges Geschäft, zumal sich diese eines gut funktionierenden Propagandaapparates bedienen konnten. Welche Strategie man dabei auch verfolgte: gesamtdeutsch oder „separate but equal“, am Ende drohte immer die „de-facto Anerkennung“ der DDR. Außerdem war es nach Ansicht der führenden bundesdeutschen Sportfunktionäre eine unmögliche Situation, daß die DDR in eine Position gelangt war, aus der heraus sie auf internationaler Ebene den westdeutschen Sport und damit die Bundesrepublik nach Gutdünken ausmanövrieren konnte. Das Hissen der Fahne und das Abspielen zweier Nationalhymnen auf deutschem Boden war in ihren Augen noch lange nicht gleichbedeutend mit der Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR.

Vor allem Willi Daume beklagte die mangelnde Flexibilität der Bonner Politik. Er wies auf die immer wieder vorgebrachten prinzipiellen Bedenken Brentanos und Adenauers hin, stellte ihnen die zahlreichen Ausnahmeregelungen gerade in der Flaggenfrage entgegen und zog daraus den Schluß, daß die Gefahr bestehe, „honorige Grundsätze aufzustellen“, die man schließlich aber nicht einhalten konnte<sup>100</sup>. In einem Schreiben an Hans Zehrer, den Chefredakteur der Zeitung „Die Welt“, verteidigte sich Daume Ende 1959 gegen Anschuldigungen, er und der Sport hätten in der Flaggenfrage die Grundsätze der Wiedervereinigungspolitik verletzt: Nach seiner Ansicht erschütterte nichts den „Charakter eines Volkes mehr als die Aufstellung eh-

<sup>97</sup> BAK, B 106/Nr. 1962, Referat VI B 4 an Referenten III 7, 10.1. 1959.

<sup>98</sup> Ebenda, Kurzprotokoll über die 82. Kabinettsitzung am 21.10. 1959.

<sup>99</sup> PA AA, 700/Nr. 84, von Dellinghaus, BMG, an Holz, AA, 23.5. 1961, Entwurf für den Vermerk, der gleichlautend von AA, BMI und BMG von Botschafter Muchnitz, dem Vorsitzenden, beschlossen wurde. In dem Papier wurden sorgsam die verschiedenen Optionen abgewogen. Die im AA angebrachten Randnotizen zeigen, wie wenig man von Vorschlägen hielt, die eine Anerkennung der DDR implizieren könnten.

<sup>100</sup> PA AA, 700/Nr. 83, Vermerk der Abt. 7 über die Besprechung, 9.3. 1961.

renvoller, aber starrer Prinzipien, die dann durch die Praxis von einer Ausnahme nach der anderen durchlöchert werden, bis schließlich das, was ursprünglich ‚Fahne‘ war, wieder zu Tuch geworden ist“. Die „gesamtdutsche Situation“ erlaube es gar nicht mehr, zwischen „Richtig und Falsch“ zu wählen, sondern lediglich zwischen dem einen und dem anderen Übel. Diese Meinung, so Daume weiter, werde vom Minister für gesamtdutsche Fragen, vom Vorstand des Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages und von „einer großen Anzahl führender politischer Persönlichkeiten aus allen Parteien“ geteilt<sup>101</sup>.

In einem Brief an den Sportredakteur der Zeitung „Die Welt“, Horst Peets, ging Daume im Januar 1960 noch einen Schritt weiter: „Wenn man der Überzeugung ist, daß die Trennung unvermeidlich kommt, daß sie nicht aufzuhalten ist und daß man sich den ewigen Erpressungen von Pankow widersetzen muß, dann ist die einzige mögliche und logische Konsequenz meines Erachtens der Bruch, und zwar der konsequente Bruch. Dann muß man den Mut haben, dem deutschen Volke [zu] sagen, daß eine Wiedervereinigung auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben oder daß sie nur um den Preis der Bolschewisierung des anderen Teiles von Deutschland zu erreichen ist. Alle Realitäten sprechen dafür, daß dies in der Tat die Zukunft Deutschlands ist.“<sup>102</sup> Als Daume bei einem Treffen mit Adenauer im Sommer 1960 ähnliche Gedanken nur andeutete, wurde dies vom Bundeskanzler mit Mißbilligung quittiert<sup>103</sup>.

Auch im Foreign Office dachte man seit 1961 intensiv darüber nach, was „de facto recognition“ im Hinblick auf die DDR bedeuten konnte<sup>104</sup>. Anstoß dafür war mit Sicherheit nicht die Tatsache, daß die Bundesregierung im Bereich der deutsch-deutschen Sportbeziehungen ständig gegen ihre eigenen „außenpolitischen Prinzipien“ verstieß, wie die NATO Ende 1955 kritisiert hatte und wie Auswärtiges Amt und Bundeskanzler immer wieder gegenüber dem DSB betonten. Im Gegenteil: Es gab viel Verständnis für die Position der Bundesregierung in Sportfragen, wobei gerade auch gegenüber innenpolitischen Widerständen der NATO-Konsultationsausschuss mit seinen Beschlüssen eine disziplinierende Wirkung ausübte. Andererseits zeigte man sich aber auch irritiert darüber, daß die deutschen Diplomaten dem Foreign Office kaum lösbare Aufgaben stellten. Als anlässlich internationaler Jachttage im Oktober 1958 die deutsche Botschaft den Engländern eine längere Instruktion über das Verhalten bei internationalen Sportveranstaltungen übergab, erregte man sich, daß

<sup>101</sup> BAK, B 106/Nr.1962, Daume an Zehrer, 16.11.1959.

<sup>102</sup> Zit. nach Pabst, Sport, S.235; vgl. auch die ähnliche Position des Geschäftsführers des DSB, von Mengden, an Daume, 14.5.1959, zitiert in: Ebenda, S.246.

<sup>103</sup> Wie Anm.62, S.8. Bei allen Meinungsdivergenzen war letztlich aber auch Daume bereit, den Kurs der Regierung zu unterstützen: Wie schon erwähnt wurde 1961 beschlossen, von internationalen Veranstaltungen fernzubleiben, bei denen die DDR mit ihrem Sportemblem auftrat. Daume begründete dies mit seinem Verständnis dafür, daß der Bundeskanzler Wert darauf legen müsse, alles zu vermeiden, was eine de facto-Anerkennung des „SED-Staates“ bedeuten könne; BAK, B 137/Nr.2745, Vermerk der Besprechung Lammers mit Daume, 15.6.1961.

<sup>104</sup> Vgl. Public Record Office (künftig: PRO), FO 371/Nr.160570. Die Frage wurde schon früher diskutiert, aber mit den Bewegungen auf internationaler Bühne gewann sie neue Aktualität.

„the Foreign Ministry have become excessively pompous about this trivial matter“<sup>105</sup>. Im Zusammenhang mit dem Flaggenstreit wurde in London vermerkt, die Deutschen „wring their hands and moan to the Foreign Office“, wollten aber nicht einsehen, daß in England mit einem „legalistic approach“ wenig zu erreichen sei; von dem notwendigen „human approach“ verstünden die Deutschen wenig<sup>106</sup>. Wie in den meisten anderen Ländern mußte man aufgrund des Fehlens eines Gesetzes, das das Aufziehen fremder Flaggen verbot, über informelle Kanäle Einfluß auf Verbandsfunktionäre und Organisatoren von Sportveranstaltungen nehmen<sup>107</sup>. Nicht immer mit Erfolg: Bei der Radweltmeisterschaft im September 1961 war aus England zu hören, daß es keine Möglichkeit gebe, das Aufziehen der DDR-Flagge zu verhindern<sup>108</sup>. Bei Visaschwierigkeiten für Sportler aus dem Ostblock hagelte es zudem öffentlichen Protest. Die Querelen im Sportbereich waren auch hier Wasser auf die Mühlen derjenigen, die einer „de facto-Anerkennung“ das Wort redeten.

#### V. Mauerbau und die sportpolitische „Offensive“ der Bundesrepublik

Seit dem Winter 1959/60 wartete man in manchen Ressorts wie auch im DSB auf einen klärenden Kabinettsbeschluß, der aus der verfahrenen Lage heraushelfen sollte, in die man seit der Offensive der DDR in der Flaggenfrage geraten war<sup>109</sup>. Der Beschluß blieb aus, was angesichts der Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage und der komplizierten Sachlage wenig verwundern kann. Es blieb beim sibyllinischen Hinweis des Kanzlers gegenüber Journalisten, daß die Sportler erst Deutsche und dann Sportler seien<sup>110</sup>; Dahinter stand nichts anderes als die Forderung, die Kontakte

<sup>105</sup> Ebenda, Nr. 137611, Vermerk v. J. K. Drinkall, 24. 10. 1958. Tatsächlich war die Situation gar nicht so „trivial“, wie sie im ersten Augenblick erschien. Es bestand nämlich die Gefahr, daß die DDR-Delegation, die im übrigen niemand, offenbar auch nicht die bundesdeutschen Segler, aus dem internationalen Yachtverband ausschließen wollte, beim großen Empfang mit Prinz Philip fotografiert werden könnte.

<sup>106</sup> Ebenda, Nr. 154336, Vermerk v. J. E. Killick, 26. 5. 1960.

<sup>107</sup> Bei Skiveranstaltungen in Norwegen durften angesichts des Besuchs der Königshäuser nur die norwegischen und schwedischen Fahnen gehißt werden. Die deutsche Botschaft in Norwegen strich hervor, daß es „dringend ratsam“ sei, „diesen Umstand vertraulich zu behandeln, um den beteiligten norwegischen Stellen keine Unannehmlichkeiten zu bereiten“; PA AA, 700/Nr. 146, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit SBZ-Fragen betrauten Referate am 6. 4. 1960.

<sup>108</sup> PA AA, 700/Nr. 87, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate, 12. 9. 1961.

<sup>109</sup> BAK, B 106/Nr. 1962, Kurzprotokoll über die Ressortbesprechung am 12. 5. 1961 im AA betr. Zeigen der Spalterfahne bei internationalen Sportveranstaltungen. Von Dellinghausen, BMG, forderte, daß eine grundsätzliche, politische Entscheidung getroffen werden müsse, wobei er darauf hinwies, daß in seinem Hause die Meinungen geteilt seien; auch Duckwitz, AA, meinte, daß eine Entscheidung des Kabinetts erforderlich sei.

<sup>110</sup> Vgl. BAK, B 137/Nr. 2745, Kurzprotokoll über die Ressortbesprechung am 13. 6. 1961 im AA betreffend Zeigen der Spalterfahne bei internationalen Sportveranstaltungen. Nach einhelliger Meinung erübrigte sich nach diesen „klaren Worten“ die Ausarbeitung einer Kabinettsvorlage.

mit dem DDR-Sport abzubrechen oder zumindest stark einzuschränken. Zugleich setzte man ganz auf „stille“ diplomatische und politische Interventionen.

Es ist schwer zu sagen, wie lange die westdeutsche Diplomatie es geschafft hätte, die seit 1960 forcierte Isolierung der DDR auf sportlichem Gebiet aufrechtzuerhalten. Die Widerstände und der Aufwand waren im In- ebenso wie im Ausland beträchtlich. Die Situation änderte sich mit dem Mauerbau am 13. August 1961 radikal. Auch wenn es paradox klingen mag: Der Bau der Mauer rettete die Prinzipien der „Hallstein-Doktrin“. Hatte die DDR-Führung bisher die Bundesrepublik permanent in die Defensive gezwungen, so isolierte sie sich nun selbst. Bonn konnte nun selbst offensiv werden, ohne durch Behinderung des Sports das Gesicht zu verlieren. Diejenigen, die ein Umdenken gefordert hatten, verstummten zunächst.

Der DSB schloß sich mit den „Düsseldorfer Beschlüssen“ am 16. August der vom Außenministerium, aber auch vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, geforderten „harten Linie“ an<sup>111</sup>: Die deutsch-deutschen Sportbeziehungen kamen zum Erliegen, westdeutschen Sportlern wurde mit dem Ausschluß aus ihren Verbänden gedroht, wenn sie zu internationalen Veranstaltungen in die DDR reisten. Der DSB sorgte zunächst auch dafür, daß DDR-Sportler nicht mehr im Westen auftraten; die Regierung selbst konnte ja eine Einreise kaum verhindern. Am 1. März 1962 beschlossen dann die Innenminister der Länder zur Entlastung des DSB, daß jedes repräsentative Auftreten von Sportlern der DDR – mit oder ohne „Spalterfahne“ – die öffentliche Ordnung beeinträchtige. Die Teilnahme Westdeutscher an Sportveranstaltungen in der DDR wurde nun tatsächlich mit dem Ausschluß aus dem DSB geahndet<sup>112</sup>. Schließlich verschärfte auch die NATO und andere Staaten den Boykott des DDR-Sports.

Daß der DSB beim Abbruch der deutsch-deutschen Kontakte die Initiative ergriffen hatte, war nicht unumstritten. Kritik kam aus dem Gesamtdeutschen Ministerium, dem Innenministerium, aber auch aus dem DSB selbst<sup>113</sup>: Hätte man die

<sup>111</sup> Pabst, Sport, S. 294 ff. Vgl. auch die vom BMG finanzierte Denkschrift Dokumente zum Thema Sport und Politik in: BAK, B 137/Nr. 2745. Für eine sehr gute Zusammenfassung der wichtigsten Etappen bis zum Frühjahr 1962 vgl. auch das von Willi Daume verfaßte Memorandum über den gesamtdeutschen Sportverkehr, gesamtdeutsche Mannschaften und den internationalen Sportverkehr, 16. 5. 1962, in: PA AA, 604/Nr. 1069.

<sup>112</sup> BAK, B 137/Nr. 2745, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister der Bundesländer am 15./16. 2. 1962 in Berlin; BAK, B 106/Nr. 1959, Besprechung mit einer Kommission der Innenminister der Länder und dem Präsidium des DSB über die Frage der Teilnahme repräsentativer Mannschaften an internationalen Meisterschaften in der Bundesrepublik, 1. 3. 1962. Im Hinblick auf den (umstrittenen) Ausschluß vgl. BAK, B 137/Nr. 2745, DSB an Dellingshausen, BMG, 12. 1. 1962.

<sup>113</sup> Anders, BMG, meinte verärgert, daß man sich „zumindest für das Für und Wider hätte aussprechen müssen“, Vermerk für den Minister, 19. 8. 1961, in: BAK, B 137/Nr. 2745; BAK, B 137/Nr. 2748, von Mengenden, DSB, an Dellingshausen, BMG, 5. 6. 1962. Der erste Entwurf des Fernschreibens an Daume wurde offenbar von Brentano fast völlig verworfen. Er wurde dann in Zusammenarbeit der Abteilungsleiter „Kultur“ und „Ost“ von ihm selbst gefertigt, vgl. BAK, B 106/Nr. 1962, Vermerk von Referat III 7.

Herbeiführung des Bruches nicht der DDR überlassen sollen, die nach der Errichtung der Mauer ein großes Interesse daran haben mußte, den Fluchtweg über den gesamtdeutschen Sport abzuschneiden? Der massive Druck, den das Auswärtige Amt in dieser Frage entfaltete, ist nur vor dem Hintergrund der früheren Auseinandersetzungen zwischen den Verfechtern eines „harten“ bzw. „weichen“ Kurses verständlich.

Nach dem Mauerbau war natürlich auch die Zukunft der deutsch-deutschen Sportmannschaften ungewiß. Hatten der 13. August und die „Düsseldorfer Beschlüsse“ die sportliche Trennung der Nation endgültig besiegelt? Durfte es angesichts von Stacheldraht und Todesschüssen überhaupt noch gesamtdeutsche Sportmannschaften geben? Waren getrennte Teams nicht auch ein Symbol für ein getrenntes Land? Diese Fragen haben die Zeitgenossen heftig bewegt. Alles sprach gegen die Fortführung der bisherigen deutsch-deutschen Sportpolitik, die der DSB bislang so vehement verteidigt hatte. Die Kritiker waren vor allem aus der Regierung gekommen. Es verwundert deshalb nicht, daß sich die Sportfunktionäre die Augen rieben, als 1961/62 die neue politische Linie des Auswärtigen Amtes deutlich wurde: „Gesamtdeutsch“ war nun die Parole, gerade auch im Hinblick auf die nächsten Olympischen Spiele. Eine gesamtdeutsche Mannschaft mit Beethovens Hymne und olympischen Ringen in den deutschen Farben würde, wie es hieß, der Welt „eine Schlappe Ulbrichts“<sup>114</sup> und den Bonner Alleinvertretungsanspruch demonstrieren. Überhaupt sollten nun auch in Sportarten, in denen das bis dato noch nicht der Fall gewesen war, gesamtdeutsche Mannschaften aufgestellt werden. Damit würde man, so das Kalkül, zum einen der Aufwertung der DDR im Bereich des Sports und zum anderen der Zweistaatentheorie entgegenwirken<sup>115</sup>.

Offenbar war man im Bundeskanzleramt von diesen Plänen alles andere als begeistert. Da der Sport allein die Entscheidung für eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft nicht tragen wollte und Daume wohl auch mit der ablehnenden Haltung Adenauers rechnete, bestand er auf einem klaren Kabinettsbeschuß, in dem eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft befürwortet wurde<sup>116</sup>. Dem Bundeskanzler war das sichtlich unangenehm, die Dinge zogen sich deshalb hin. Zunächst ließ die Fertigstellung der Kabinettsvorlage bis zum Herbst 1962 auf sich warten, dann wurde die Abstimmung darüber verschoben, und schließlich wurde der Beschluß des Kabinetts vom 28. November, in dem es sich für eine gesamtdeutsche Mannschaft aussprach, als geheim eingestuft. Die ganze Angelegenheit erschien nun aber als so brisant, daß die *mündliche* Unterrichtung des DSB über die Entscheidung auf Wunsch von Daume nicht, wie ursprünglich geplant, durch Bundesinnenminister Höcherl, sondern

<sup>114</sup> PA AA, 604/Nr. 1069, Lahr, AA, an den Minister, 8. 11. 1962.

<sup>115</sup> Ebenda, Vermerk der Abt. 6, 6. 11. 1962; ebenda, BMI, Hovora, an Buka, 31. 10. 1962; vgl. auch PA AA, 604/Nr. 1069, Daumes Memorandum über den gesamtdeutschen Sportverkehr.

<sup>116</sup> Daß Daume in der Tat die treibende Kraft war, wird deutlich in: Ebenda, Aktennotiz von Dr. Holz, 21. 8. 1962. Befürchtungen, daß Adenauer nicht zustimmen könne, gab es auch im BMI, vgl. ebenda.

durch Staatssekretär Schäfer erfolgte. Daume befürchtete, daß sonst die Öffentlichkeit davon Wind bekommen könnte<sup>117</sup>.

Die Geheimniskrämerei mag einigermaßen skurril erscheinen. Sie verdeutlicht aber, daß die Regierung ihre eigene Politik, den Sport ganz dem außenpolitischen Kalkül unterzuordnen, als äußerst unpopulär ansah. Die Propagierung deutsch-deutscher Gemeinsamkeiten im Sport wurde in der Öffentlichkeit als purer Zynismus und in den Reihen des Sports zudem als Zumutung empfunden. Die Situation war in der Tat höchst merkwürdig: Von 42 Sportarten waren 1961 gerade noch 3 „gesamtdeutsch“ (Leichtathletik, Rudern und Handball). Wettkämpfe dieser Mannschaften auf dem Boden der Bundesrepublik waren zwar von offizieller Seite erwünscht. Aber die der Nominierung der Olympischen Mannschaft vorausgehenden Ausscheidungskämpfe – es handelte sich de facto um Länderkämpfe – mußten 1962 im Ausland abgehalten werden. Wegen der Einreiseverbote war das im Westen nicht einfach zu organisieren und für die Sportler mit großem Aufwand verbunden. Wie Daume einigermaßen sarkastisch feststellte, war „eine deutsche Gemeinsamkeit, deren Feststellung im eigenen Land verboten ist“, nichts anderes als eine „Vorspiegelung falscher Tatsachen“<sup>118</sup>.

Gesamtdeutsche Mannschaften erschienen ihm auch deswegen absurd, weil nur politisch loyale Sportler aus dem „SBZ-KZ“ (Daume) herausgelassen würden. Mit dieser „Elite von Systemhörigen“ sollte man nun gemeinsam Sport treiben? Wenn, dann mache Kontaktpflege nur im Rahmen des „kleinen“ deutsch-deutschen Sportverkehrs Sinn, aber daran zeigte man im Auswärtigen Amt wegen der Abzeichenfrage wenig und in der DDR überhaupt kein Interesse<sup>119</sup>. Das Argument, daß über den Sport die menschlichen Beziehungen gefördert werden könnten, galt aus der Sicht des Auswärtigen Amtes als inopportun<sup>120</sup>.

Wenn man sich mit der DDR offensiv auseinandersetzen wollte, mußte man nach Ansicht von Daume anders operieren. Dazu gehörte seine im Winter 1962/63 offenbar zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, und Avery Brundage entwickelte Idee, die Olympischen Spiele 1968 in beiden Teilen Berlins abzuhalten. Hier würde sich, wie er meinte, zeigen müssen, wer sich mit der Mauer vor

<sup>117</sup> Vgl. zu diesem Vorgang die verschiedenen Vermerke und Schriftwechsel in: Ebenda.

<sup>118</sup> Memorandum (wie Anm. 111), S. 9; vgl. auch PA AA, 604/Nr. 1069, Abt. 6, Dr. Langer, Dr. Holz, Aufzeichnungen betr. Gesamtdeutsche Mannschaften anlässlich der Olympischen Spiele, 20. 7. 1962. In dieser Ausarbeitung, die dem Minister in verkürzter Form vorgelegt werden sollte, wiesen die beiden Autoren auch auf diese „Inkonsequenz“. Der Abschnitt wurde nachträglich gestrichen. Tatsächlich konnten die Ausscheidungskämpfe schließlich in West-Berlin, Rostock und Jena abgehalten werden.

<sup>119</sup> Vgl. ebenda, Randnotizen Trützschler in der Ausarbeitung von Langer und Holz, Memorandum (wie Anm. 111), S. 7f.

<sup>120</sup> PA AA, 604/Nr. 1069, Lahr, AA, in einem Vermerk für seinen Minister am 8. 11. 1962: Dieses Argument würde „auch für die Wiederaufnahme der sportlichen Beziehungen mit der SBZ und für die Erteilung von TTD's (Temporary Travel Documents) an sowjetzonale Sportler zwecks Teilnahme in internationalen Wettkämpfen sprechen. Beides wollen wir nicht“, wie er hinzufügte, auch nicht das BML.

wem schützte; denn bei der hierfür notwendigen Freizügigkeit zwischen Ost- und West-Berlin würde die Mauer „ideell und weitgehend praktisch ad absurdum“ geführt<sup>121</sup>. Im NATO-Konsultationsausschuß hielten die USA und Großbritannien – im Gegensatz zu Frankreich – den Antrag des Berliner Senats für bedenkenswert<sup>122</sup>. In Bonn winkte man jedoch ab: Man hatte die Befürchtung, daß mit dieser Initiative die SPD und Brandt ihre Popularität heben wollten<sup>123</sup>, Bedenken im Hinblick auf den Status von Berlin – West-Berlin als Austragungsort hielt man dagegen für unbedenklich – und rechnete mit „erheblichen gefühlsmäßigen Reaktionen“ der Bevölkerung<sup>124</sup>.

### VI. Sport, Politik und die Verteidigung des „Status quo“

Die internen Stellungnahmen zu dem Vorschlag von Daume und Brundage sprechen in gewisser Weise für sich selber. So wenig Bonn bereit war, die de facto bestehende Teilung Deutschlands zu akzeptieren, so wenig war es an einer Destabilisierung des Status quo interessiert. Verwundern kann das nicht; denn die „Hallstein-Doktrin“ zielte mit ihrer Fixierung auf die Isolierung der DDR immer auch auf die gegenseitige Abschottung der beiden Staaten ab, eine Tatsache, die die DDR im Sport weidlich für sich auszunutzen wußte. Weil in diesem Bereich – aufgrund der Kontinuität deutsch-deutscher Beziehungen und der internationalen Einbindung – die Abschottung nur partiell realisiert werden konnte, entstanden hier nicht nur die ausgeprägten Konflikte zwischen Sport und Politik; früher als in anderen Bereichen tauchten hier auch alle Argumente auf, die seit Mitte der sechziger Jahre gegen die „Hallstein-Doktrin“ vorgebracht wurden<sup>125</sup>.

Vergegenwärtigt man sich alle Aspekte der deutsch-deutschen Sportbeziehungen seit den fünfziger Jahren, so verwundert es nicht, daß sich die vom Auswärtigen

<sup>121</sup> BAK, B 136/Nr.5555, Referat Sport an StS Schäfer, 26. 1. 1963.

<sup>122</sup> BAK, B 137/Nr.2745, Vermerk über Besprechung am 1. 4. 1963 im AA, 2. 4. 1963.

<sup>123</sup> Ebenda; BAK, B 136/Nr.5555, Randvermerk Globkes zum Vermerk über die telefonische Durchsage im Auftrag des Bundesinnenministers Barzel.

<sup>124</sup> Ebenda, Vermerk über Ministerbesprechung für den Bundeskanzler, 5.2. 1963. Leider konnte nicht herausgefunden werden, wie man in der DDR-Führung auf diesen Vorschlag reagierte. Daume unterrichtete Heinz Schöbel telefonisch am 9. 11. 1963; SAPMO-BA, IVA 2/18/Nr. 10, Aktennotiz des Sekretariats Heil, 10. 4. 1963. Man hatte den Eindruck, daß Daume eine „Provokation“ starten wollte. Wie extrem unangenehm die ganze Frage war, vor allem aber auch wie sehr man die Reaktion der „Massen“ fürchtete, zeigt auch die Reaktion zwei Jahre später, als diese Idee wieder ventiliert wurde, vgl. die kurze Ausarbeitung von Hellmann für Honecker, 16. 8. 1965, in: Ebenda, IV A 2/18/3.

<sup>125</sup> Leider wird aus den Quellen nicht klar, welche Rolle Gerhard Schröder in seiner Funktion als Bundesaußenminister seit 1961 spielte. Zur Neuorientierung der Außenpolitik vgl. Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1983, S. 53 ff., 278 ff.; Verfürth, Hallstein-Doktrin, S. 179 ff.; Hans-Peter Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 297 ff.; Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart 1984, S. 83 ff.

Amt seit 1960 aufgebaute Front der Isolierung nur schwer aufrechterhalten ließ. Der in feste internationale Strukturen eingebettete Sport war eigenen Gesetzen verpflichtet; Steuerungsversuche durch die Diplomatie waren nur mit größtem Aufwand und zudem nur partiell möglich: Während es beispielsweise 1962 in einer diplomatischen Großaktion noch einmal gelang, das Auseinanderbrechen der gesamtdeutschen Leichtathletikmannschaft zu verhindern – „Die Gewährung autonomer Rechte an die DDR würde innerhalb unserer Föderation den Status zweier Deutschlands schaffen“, hieß es in der Begründung, die die Handschrift des Auswärtigen Amtes trug –, nahm die Internationale Handball-Föderation den Verband der DDR auf<sup>126</sup>.

Die Logik des „sportlichen Internationalismus“ war aber nur ein, wenn auch zentraler Faktor für die Spaltung. Diese hatte auch andere Ursachen. Gesamtdeutsche Mannschaften waren seit 1961 schon deshalb fragwürdiger als zuvor, weil sie einen rein instrumentellen Charakter hatten. Sie sollten über die (auch verordnete) Sprachlosigkeit zwischen ost- und westdeutschen Sportlern hinwegtäuschen, die seit 1956 in internen Berichten immer wieder thematisiert wurde. In Provinzmannschaften mochte bei deutsch-deutschen Begegnungen in Erinnerung an vergangene Tage bei Bier und Würstchen nationale Nostalgie aufkommen. Für die meisten Spitzensportler galt das nicht. Einfache „Waldarbeiter“ im Skisport<sup>127</sup>, so die Klage des Auswärtigen Amtes, ließen sich ebensowenig wie Betreiber einer „kapitalistischen Sportart“ wie dem Segeln<sup>128</sup> auf die außenpolitische Linie der Bundesregierung einschwören. Das Verbot der Teilnahme bei internationalen Veranstaltungen in der DDR wurde von vielen Sportlern abgelehnt<sup>129</sup>. Diese waren auf ihre Weise Verfechter des Status quo zweier real existierender Staaten geworden, die ihre Sportsfreunde aus dem Osten schon aus Konkurrenzgründen lieber heute als morgen allein an den Start hätten ziehen lassen; denn angesichts der Leistungsstärke des mittlerweile optimal geförderten „Medaillenkollektivs“ des Ostens (Willi Knecht) bedeuteten olympische Ausscheidungskämpfe eine empfindliche Beeinträchtigung der eigenen sportlichen Chancen. So ähnlich dachte sicherlich auch ein großer Teil der Sportfunktionäre: Peco Bauwens protestierte nicht nur als Vizepräsident der Europäischen Fußball-Union, sondern auch als Präsident des Deutschen Fußball-Bundes bei der politischen Abteilung der NATO gegen Visabeschränkungen für DDR-Fußballer und verletzte damit nach Meinung des Aus-

<sup>126</sup> Der Marquis von Exeter, Präsident des internationalen Leichtathletikverbandes und Vizepräsident des IOC, wurde über verschiedene deutsche und britische Kanäle bearbeitet; vgl. PA AA, 604/Nr. 1070, Fernschreiben aus London, 5. 6. 1962; vgl. auch PA AA, 606/Nr. 1069, Daume an Lahr, 9. 9. 62.

<sup>127</sup> BAK, B 106/Nr. 1962, Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland, Genf, an AA, 16. 1. 1962. Bei Skiwertkämpfen konnte die Hissung der DDR-Flagge, nicht aber das Spielen der Nationalhymne verhindert werden.

<sup>128</sup> BAK, B 106/Nr. 1959, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Bern, an AA, 27. 5. 1963.

<sup>129</sup> Die bundesdeutschen Schwimmer sahen es nicht ein, warum sie nicht bei der Europameisterschaft in Leipzig teilnehmen sollten, vgl. PA AA, 604/Nr. 1069, Unterschrifteninitiative von Rotraud Wiegand, 15. 11. 1962. Laut ADN 57/22. 6. 1962 sollen sich zahlreiche deutsche Schwimmer in Leipzig angemeldet haben, in: BAK, B 106/Nr. 1959.

wärtigen Amtes die Interessen der Bundesrepublik<sup>130</sup>. Hundertprozentig linientreu war auch Willi Daume nicht. Der Präsident des DSB bemühte sich zwar sehr darum, eng mit dem Auswärtigen Amt zu kooperieren, gleichwohl war man sich dort nicht ganz sicher, ob auf ihn wirklich Verlaß war. Das galt vor allem im Hinblick auf die Verhandlungen über die Aufstellung einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft 1964, die nur gegen massive Widerstände aus den Reihen des Sports durchgesetzt werden konnte. Noch Ende 1962 hatte das IOC in einem Kommuniqué verlauten lassen, daß man angesichts der neuen Situation zwei getrennte Mannschaften favorisiere, die unter gemeinsamer Fahne und mit gemeinsamer Hymne antreten sollten<sup>131</sup>.

Zu den ausschlaggebenden Gründen für die Spaltung des deutschen Sports ist schließlich auch die sich anbahnende Entspannung in den internationalen Beziehungen zu zählen. Seit 1964/65 wurde es zunehmend schwieriger, die westdeutsche Position auf internationalen Sportveranstaltungen im Bereich der NATO und vor allem in den nicht der NATO angehörenden Staaten durchzusetzen. Bei Besprechungen in internationalen Kommissionen bekam Daume zu hören, daß es aussichtslos sei, eine Politik zu verteidigen, die auch in der westlichen Welt niemand mehr ernst nehmen könne. Daume sah sich als „letzten kalten Krieger“ apostrophiert, wenn er deutsche Boykottforderungen gegen die DDR zur Sprache brachte. Allenthalben wurden seit 1964/65 „Rückzugpositionen“<sup>132</sup> vorbereitet.

Die volle Anerkennung des NOK der DDR 1965 war ein Indiz für diesen Meinungsumschwung. 1972 war schließlich auch nicht mehr zu verhindern, daß die DDR mit eigener Hymne und Fahne im Münchener Olympiastadion antrat. Bis zum letzten Augenblick wurde um das Protokoll gefeilscht<sup>133</sup>. Der Chefpropagandist der DDR, Karl Eduard von Schnitzler, triumphierte, daß die bundesdeutsche Kapelle wohl nun kräftig die DDR-Hymne einstudieren müsse<sup>134</sup>. Im Westen aber sah man dies eher gelassen. Die neue Ostpolitik hatte auch der Frage des Sports einen Teil ihrer Brisanz genommen. Hinzu kam etwas anderes: In München (und eben nicht in Berlin) versuchte sich die Bundesrepublik nicht so sehr über nationale Symbole darzustellen. Ihr kam es vielmehr auf das Image eines anderen, neuen Deutschlands an, das sich mehr durch Technik, Architektur und Design definierte. Nach den jahrelangen deutsch-deutschen Auseinandersetzungen über nationale Symbole war dies bezeichnend für das Selbstbewußtsein und die neue Identität, die die Bundesrepublik mittlerweile gewonnen hatte.

<sup>130</sup> Vgl. PA AA, 700/Nr. 1726, Entwurf des Schreibens Brentanos an Daume, o. D. (ca. Februar/März 1961).

<sup>131</sup> Die komplizierten, ab Januar 1963 mit den vorliegenden Quellen nicht genau rekonstruierbaren Verhandlungen sind hier nicht näher darzustellen, vgl. die gute Überlieferung bis zum Jahresende 1962 in: PA AA, 604/Nr. 1069. Vgl. auch BAK, B 137/Nr. 2748, Überblick über die Entwicklung der Diskussion, 13. 12. 1962.

<sup>132</sup> BAK, B 136/Nr. 5555, Ergebnisprotokoll der Besprechung am 4. 11. 1965 unter dem Vorsitz von Lahr.

<sup>133</sup> Vgl. Holzweissig, *Diplomatie*, S. 270 ff.

<sup>134</sup> Zit. bei Pabst, *Sport*, S. 42.